

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Ggelpalt. Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

### Innere Begeisterung

Sede große Bewegung in der Weltgeschichte, welcher Art sie auch immer war, ist von Männern ausgegangen, die bis in die tiefste Seele hinein von der Idee befeuert waren, was nach ihrem Glauben zum Heile der Menschheit oder wenigstens eines bestimmten Kreises von Menschen erstrebt werden mußte. Mit verzehrendem Eifer gaben sie sich der Verwirklichung ihrer Ideen hin und waren jeden Augenblick bereit, alles, selbst das Leben im Dienste ihrer Ideale zu opfern. Nie war es ein äußerer Vorteil, der ihr Ringen und Mühen bestimmte; ihr Ideal hatte von ihrem ganzen Herzen Besitz genommen und befähigt sie zu einer beispiellosen Opferkraft und einem heldenhaften Opfermut. Das waren die Männer, die in den Herzen der Massen zu zünden verstanden, weil sie selbst von dem Feuer der Begeisterung glühten. Ihre innere Begeisterung war die überzeugende Macht ihrer Verehrbarkeit, die hinreißende Gewalt ihrer Persönlichkeit.

Sehen wir auf unsere christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung hin. Wir haben uns gewaltige Ziele gesteckt, wir haben ideale Aufgaben, die das Herz eines edlen Menschen restlos auszufüllen vermögen. Was uns nützt, daß wir uns an unseren eigenen Idealen erhitzen, daß wir sie mit der ganzen Gewalt der Begeisterungsfähigkeit unseres Herzens zu erfassen suchen, daß sie uns wie ein Sturmwind hinzureißen vermögen. Nur so wird unsere Bewegung die Kraft zu blühendem Gedeihen sich bewahren.

Innere Begeisterung ist vor allem unseren Vorständen und Vertrauensmännern notwendig. Es genügt nicht für sie, nur die Pflicht dem Verbands gegenüber zu erfüllen, nur das Notwendige zu tun. Damit ist unserer Bewegung nicht genügend gebietet. Wir wollen keine Geschäftsleute, wir wollen Führer, deren Herzen wahre Feuerbrände der Begeisterung für unsere Sache sind, die wie Feldherren sind, bei deren Anblick die Augen der Soldaten aufleuchten und die Herzen neu entzündet werden, weil alle wissen: Die Seele des Hagners ist ausgefüllt in Begeisterung für die große Sache, der er dient. Nur solche Führer vermögen in unseren Reihen wahre Anteilnahme an unserer großen Bewegung wach zu halten und die Absteigenden für uns zu gewinnen.

### Eine neue Bundesratsverordnung für die Schweißindustrie

Dem Drängen der Arbeiterorganisationen, der Gesellschaft für Sozialreform, des 3. Deutschen Arbeiterkongresses und des Deutschen Reichstages um Revidierung und Verbesserung der Bundesratsverordnung vom 19. Dezember 1908 betreffend den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie, ist der Bundesrat des Deutschen Reiches nachgekommen. In Reichsgesetzblatt (Nr. 25, 1914) wird eine neue Verordnung vom 4. Mai 1914 für die Großeisenindustrie veröffentlicht.

Vorher war sie kritisch würdigen, sei ihr Wortlaut wiedergegeben, und bemerkt, daß die neue Bundesratsverordnung gewiß Verbesserungen enthält, aber den Arbeitern der Schweißindustrie noch lange nicht den Schutz bringt, den sie billigerweise erwarten können. Hervorgehoben sei auch noch, daß die neue Verordnung eine Verschlechterung bringt, hinsichtlich der Festlegung der einstuündigen Hauptpause. Viele mußte früher zwischen dem Ende der fünften und dem Anfang der neunten Arbeitsstunde liegen. Heute muß sie zwischen dem Ende der fünften und dem Anfang der zehnten Arbeitsstunde gewährt werden. Doch zunächst der Wortlaut der Verordnung:

Auf Grund der §§ 120 f, 139 b der Gewerbeordnung hat der Bundesrat folgende Bestimmungen über den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie erlassen.

#### § 1.

Die nachstehenden Bestimmungen finden Anwendung auf die folgenden Werke der Großeisenindustrie:

Hochöfenwerke, Hochöfen- und Röhrengießereien, Stahlwerke, Puddelwerke, Hammerwerke, Presswerke und Walzwerke.

Sie finden Anwendung auf alle Betriebsabteilungen dieser Werke einschließlich derjenigen Reparaturwerkstätten und Nebenbetriebe, die mit ihnen in einem unmittelbaren betriebstechnischen Zusammenhang stehen.

#### § 2.

Alle Arbeiter, die über die Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit (§ 134 b Abs. 1 Nr. 1 der Gewerbeordnung) hinaus oder an Sonn- und Festtagen beschäftigt werden, sind mit Namen in ein Verzeichnis einzutragen, das für jeden einzelnen über die Dauer seiner regelmäßigen täglichen Arbeitszeit, seiner Arbeit an Sonn- und Festtagen und der Ueberstunden, die er an den einzelnen Werktagen geleistet hat, genau Auskunft gibt. Als Arbeit an Sonn- und Festtagen gilt dabei alle Arbeit, die innerhalb der nach § 105 b Abs. 1 der Gewerbeordnung in jedem Werke zu gewährenden vierundzwanzigstündigen oder sechsunddreißigstündigen Ruhezeit geleistet wird. Das Verzeichnis ist nach dem Schluß jedes Monats dem Gewerbeaufsichtsbeamten einzusenden. Der höheren Verwaltungsbehörde bleibt es vorbehalten, nähere Bestimmungen über seine Form zu erlassen.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann auf Antrag desjenigen Unternehmers von der Führung dieses Verzeichnisses befreien, welche die Lohnlisten nach einem vorgeschriebenen Muster führen lassen, ihre Einsicht dem Gewerbeaufsichtsbeamten jederzeit gestatten und ihm die von der höheren Verwaltungsbehörde bestimmten Auszüge aus den Lohnlisten einreichen.

#### § 3.

In allen Schichten, die länger als acht Stunden dauern, müssen jedem Arbeiter Pausen in einer Gesamtdauer von mindestens zwei Stunden gewährt werden. Unterbrechungen der Arbeit von weniger als einer Viertelstunde kommen auf diese Pausen nicht in Anrechnung.

Eine der Pausen (Mittags- oder Mitternachtspause) muß mindestens eine Stunde betragen und zwischen das Ende der fünften und den Anfang der zehnten Arbeitsstunde fallen. In Fällen, wo dies die Natur des Betriebes oder Rücksichten auf die Arbeiter geboten erscheinen lassen, kann die höhere Verwaltungsbehörde ausnahmsweise auf besonderen Antrag unter Vorbehalt des Widerrufs gestatten, daß diese Pause — unbeschadet der Gesamtdauer der Pausen von zwei Stunden — bis auf eine halbe Stunde beschränkt wird, wenn sich in unmittelbarer Nähe der Arbeitsstelle gut eingerichtete Räume zum Einnehmen der Mahlzeiten befinden.

Wenn Rücksichten auf die Arbeiter dies geboten erscheinen lassen und die Schicht nicht länger als 11 Stunden dauert, kann die höhere Verwaltungsbehörde in gleicher Weise gestatten, daß die Pausen auf eine Stunde beschränkt werden.

Soweit dies zur Vermeidung von Betriebsgefahren nötig und die Einstellung von Ersatzarbeitern mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, können die Arbeiter angehalten werden, während der Pause in der Nähe der Arbeitsstelle zu bleiben, um in dringenden Fällen zur Hilfeleistung bereit zu sein.

#### § 4.

Jedem Arbeiter, dessen regelmäßige Schicht länger als acht Stunden dauert, ist nach Beendigung seiner Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zehn Stunden zu gewähren, bevor er wieder beschäftigt werden darf.

Abgesehen von den regelmäßigen Wechselschichten darf die Arbeitszeit, die zwischen zwei solchen Ruhezeiten liegt, auch durch Ueberarbeit nicht über sechzehn Stunden einschließlich der Pausen ausgedehnt werden.

Zu einer vierundzwanzigstündigen Wechselschicht dürfen Arbeiter nur herangezogen werden, wenn sie zwölf Stunden vorher und zwölf Stunden nachher von jeder Arbeit frei gelassen werden.

#### § 5.

Die Bestimmungen der §§ 3, 4 finden keine Anwendung auf Arbeiten, die in Notfällen unverzüglich vorgenommen werden müssen. Sind solche Arbeiten in Abweichung von den Bestimmungen der §§ 3, 4 ausgeführt worden, so ist dies dem Gewerbeaufsichtsbeamten unter Angabe der Betriebsabteilung, der Gründe für die Notstandsarbeiten und der Zahl der dabei beschäftigten Arbeiter binnen drei Tagen schriftlich anzuzeigen.

Wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb eines Werkes unterbrochen haben, können Ausnahmen von den Bestimmungen der §§ 3, 4 auf die Dauer von vier Wochen durch die höhere Verwaltungsbehörde, auf längere Zeit durch den Reichskanzler zugelassen werden.

#### § 6.

In den im § 1 bezeichneten Werken muß an einer in die Augen fallenden Stelle eine Tafel ausgehängt werden, die in deutlicher Schrift diese Bekanntmachung wiedergibt. Wenn auf Grund der Absätze 2 oder 3 des § 3 von der höheren Verwaltungsbehörde eine Ausnahme gestattet wird, so ist außerdem eine Abschrift der Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde innerhalb der Betriebsstätte an einer den beteiligten Arbeitern leicht zugänglichen Stelle auszuhängen.

#### § 7.

Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. Dezember 1914 in Kraft und an Stelle der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1908 (Reichs-Gesetzbl. S. 650).

Die auf Grund des § 3 der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1908 gestatteten Ausnahmen bleiben, wenn ihre Dauer nicht auf einen kürzeren Zeitpunkt beschränkt ist, bis zum 30. November 1914 in Geltung, treten aber am 1. Dezember 1914 sämtlich außer Kraft.

Berlin, den 4. Mai 1914.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.  
Delbrück.

Die Fortschritte, welche die neue Bundesratsverordnung bringt, sind folgende:

1. Früher mußte den Arbeitern vor jeder regelmäßigen Schicht eine achtstündige Ruhezeit gewährt werden, die neue Verordnung erhöht diese Ruhezeit auf zehn Stunden. In der Praxis bedeutet das also, daß die Arbeiter der schweren Industrie — wenn sie anderen Tages zur regelmäßigen Zeit wieder anfangen sollen zu arbeiten — nur zu zwei Ueberstunden herangezogen werden dürfen. Das ist ein Fortschritt gegen früher.

2. Es ist ebenfalls ein Fortschritt, daß die Arbeiter vor und nach einer 24stündigen Wechselschicht mindestens eine zwölfstündige Ruhezeit haben müssen. Nach der alten Verordnung brauchte diese Ruhezeit nur acht Stunden zu betragen.

3. Wirklich zu begrüßen ist, daß, abgesehen von den regelmäßigen 24stündigen Wechselschichten, durch die neue Bundesratsverordnung den langen 24, 36 und mehrstündigen Schichten der Garaus gemacht wird; heißt es doch ausdrücklich im Par. 4 Abs. 2, daß abgesehen von den regelmäßigen Wechselschichten die Arbeitszeit, die zwischen zwei Ruhezeiten liegt, auch durch Ueberarbeit nicht über 16 Stunden ausgedehnt werden darf.

4. Arbeitsunterbrechungen von weniger als einer Viertelstunde dürfen auf die zweiwöchentlichen Arbeitspausen nicht in

Anrechnung gebracht werden. Früher war eine Anrechnung mit Genehmigung der oberen Verwaltungsbehörde möglich.

Das sind die materiellen Verbesserungen, welche die neue Verordnung bringt. Absolut unverfänglich ist die Verschlechterung hinsichtlich der Festlegung der einstuündigen Hauptpause. Früher mußte diese zwischen 11 bis 2 Uhr fallen. Heute dagegen in die Zeit von 11 bis 3 Uhr.

Das ist, gelinde gesagt, direkt unverfänglich. Die Sache ist in der Praxis doch diese: Weil die Arbeiter sich nicht vom Werk entfernen dürfen, lassen sie sich das Essen zubringen. Gegen 12 Uhr muß es da sein, denn die Essenspause kann um 11 Uhr beginnen. Wenn sie nun aber erst um 2 Uhr beginnt, und das ist nach der neuen Verordnung möglich, dann müssen sich die Arbeiter mit abgestandenem, kalt gewordenem oder auf der Wärmeverrichtung verschmorten Essen begnügen, falls ihnen der Appetit nicht längst vergangen ist. In welcher gesundheitlichen Verfassung sich ein Mann befindet, dem dieses einige Tage hintereinander passiert, daran scheint der Bundesrat gar nicht gedacht zu haben, als er diese Verschlechterung, die eine Konzession an die Großeisenindustrie darstellt, in die neue Verordnung hineinbrachte.

Außer vorgenannten Verbesserungen und der gekennzeichneten Verschlechterung bringt die neue Verordnung noch einige Änderungen. Im Verzeichnis muß in Zukunft nicht nur die Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit und der Ueberstunden, sondern auch die Dauer der Arbeit an Sonn- und Festtagen angeführt werden. Unter dieser Sonntagsarbeit ist natürlich nicht gemeint die regelmäßige 24stündige Sonntagswechselschicht, sondern nur die andere Sonntagsarbeit. Diese Bestimmung wird den Scharfmachern ganz besonders unangenehm sein, denn sie streben doch mit aller Macht dahin, daß diese Sonntagsarbeit nicht eingetragen werden sollte.

Eine Verkürzung der einstuündigen Hauptpause auf eine halbe Stunde kann ausnahmsweise von der höheren Verwaltungsbehörde gestattet werden, wenn die Verhältnisse dies bedingen, und, wenn sich in unmittelbarer Nähe der Arbeitsstelle gut eingerichtete Räume zum Einnehmen der Mahlzeiten befinden.

Früher mußten alle Anzeigen der Polizei erstattet werden, heute dagegen der Gewerbeaufsicht. Neu ist auch, daß bei den Notfällen angezeigt werden muß: die Betriebsabteilung, die Gründe für die Notstandsarbeiten und die Zahl der dabei beschäftigten Arbeiter. Endlich ist noch ein Absatz 2 von Par. 6, nach dem eine Abschrift der Ausnahmebestimmungen „an einer den beteiligten Arbeitern leicht zugänglichen Stelle“ ausgehängt werden muß.

Es ist die Frage aufzuwerfen: Entspricht die Bundesratsverordnung den Wünschen und Forderungen der Arbeiter? Die Frage können wir leider nicht bejahen. Wesentliche Forderungen, die der 3. Deutsche Arbeiterkongress auf Antrag der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes aufstellte, sind nicht berücksichtigt worden. Insbesondere ist nicht erfüllt die Forderung nach einer Bestimmung in der Verordnung, welche die „in Ausnahmefällen zulässige Ueberarbeit auf höchstens sechs Stunden“ festlegt. Ferner ist nicht erfüllt die Forderung, daß „den Gewerbeaufsichtsbeamten zwecks wirksamer Durchführung der Verordnung Hilfskräfte aus dem Arbeiterstande beigegeben werden.“ Die Hauptpause soll nach der Kongressforderung zwischen 11 und 1 Uhr liegen, die Verordnung legt sie zwischen 11 und 3 Uhr. Nicht erfüllt ist ferner, daß die Notfälle sofort der Gewerbeinspektion gemeldet werden. Statt erfüllt ist die Forderung nach einer 10stündigen ununterbrochenen Ruhezeit innerhalb eines 24stündigen Arbeitstages. Teilweise erfüllt ist die Forderung, daß natürliche Arbeitsunterbrechungen nicht auf die Pausen angerechnet werden dürfen.

Alles in allem bringt die neue Verordnung gegen früher manchen Fortschritt; einen durchgreifenden Schutz für die Arbeiter der Großeisenindustrie aber bringt sie nicht. Durchgreifende Besserung ist nur zu erwarten von der Einführung des Achstundentages. Ueber die Möglichkeit seiner Durchführbarkeit kann es keinen Zweifel geben.

Die Arbeiter der Schweißindustrie sollten aus der neuen Situation die richtigen Lehren ziehen. Zunächst müssen sie peinlich auf die Durchführung der Bundesratsverordnung achten, und alle Verstöße zur Kenntnis der in Frage kommenden Stellen bringen. In den Mitgliedschaften unseres Verbandes, in denen die Großeisenindustrie in Frage kommt, sollten die Kollegen eingehend über die Verordnung aufgeklärt und instruiert werden. Endlich aber sollten die Hütten- und Walzwerksarbeiter erkennen, daß sie durch die Gesetzgebung den Achstundentag — für absehbare Zeit wenigstens — vergeblich erhoffen. Darum sollten sie vom Machtmittel der Organisation Gebrauch machen und sich eine vernünftige Arbeitszeit erzwingen. Es ist und bleibt eine Schande, daß in den Kleingewinnern abwerfenden feuerfressenden Ungetümen mit ihrer grauenhaften Unfallsziffern, die längste Arbeitszeit herrscht. Ein ganz besonderer Schandfleck für unser sogenanntes Zeitalter der Humanität sind die 24stündigen Sonntagswechselschichten. Besserung ist nur möglich durch die Organisation, darum macht Gebrauch davon.

### Wirtschaftliche Rundschau

Wenn man von der Gestaltung des Arbeitsmarktes auf die Konjunkturalentwicklung schließen darf, so kann diese im März nur günstig gewesen sein. Der Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit hat sich so gestaltet, daß er hinter dem entsprechenden Monat des Vorjahres kaum noch zurückbleibt, im Vergleich zu dem Vormonat aber eine entschiedene Besserung aufweist. Zu diesem Schluß kommt man, wenn man die Vermittlungstätigkeit der Ar-



beitsnachweise betrachtet. Wenn ihre Ergebnisse auch nicht unbedingt vergleichbar sind, so geben sie doch die besten Anhaltspunkte zur Vergleichung der Lage des Arbeitsmarktes. Auf 100 offene Stellen kamen im März 173 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter gegen 168 im Februar im gleichen Monat des Vorjahres. Die Lage ist also fast die gleiche wie dort. Gegen den Vormonat aber bedeutet diese Zahl eine ganz bedeutende Verbesserung, kamen doch dort auf die gleiche Anzahl offener Stellen 218 Arbeitsgesuche. Der weibliche Arbeitsmarkt hat sich gegen den Vormonat nicht wesentlich geändert und kommt dem März 1913 ziemlich nahe. Auf 100 offene Stellen kamen 92 Arbeitsgesuche gegen 97 im Februar und 87 im März 1913. Das günstige Ergebnis ist vor allem der günstigen Entwicklung zweier Erwerbszweige zu verdanken. Das Angebot von männlichen Arbeitern im Baugewerbe hat sich nicht nur im Vergleich zum Februar sehr stark vermindert, sondern auch im Vergleich zum März des Vorjahres.

Auch unsere Industrie kann mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes zufrieden sein. Der März hat einen Stand gebracht wie wir im letzten Halbjahr nicht mehr zu sehen gewohnt waren. Auf 100 offene Stellen kamen 257 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter gegen 321 im Februar und 227 im März 1913. Wenn auch der günstigere Stand des Vorjahres noch nicht wieder erreicht ist, so sind wir ihm doch bedeutend näher gekommen. Gegen den Vormonat aber hat sich der Stand ganz bedeutend verbessert. Das Gleiche gilt von dem weiblichen Arbeitsmarkt. Auf 100 offene Stellen kamen im März 220 Arbeitsgesuche gegen 254 im Februar und 207 im entsprechenden Monat des Vorjahres. Wenn die Entwicklung des Arbeitsmarktes in diesem Tempo weiter schreitet, werden wir bald den Stand des Vorjahres wieder erreicht haben.

Für unsere Industrie ist diese Entwicklung von der größten Bedeutung, der Formelmarkt vor allem wird durch sie nicht unwesentlich beeinflusst. Die so lang erhoffte Belebung der Bautätigkeit scheint nun endlich eingetreten zu sein, nicht zuletzt verursacht durch die Erleichterung des Geldmarktes, die eine starke Verbilligung des Zinsfußes im Gefolge hatte. In sozialem Interesse wäre eine solche Belebung außerordentlich erwünscht. Der letzte Umzugstermin am 1. April hat wahrhaft erschreckende Zustände gezeitigt. Zahlreichen, besonders kinderreichen, Familien war es in verfallenen Großstädten einfach nicht möglich, eine entsprechende Wohnung zu erhalten. Es braucht kaum betont zu werden, daß die Betroffenen meist Arbeiterfamilien waren, deren Mittel für den Wohnungsaufwand eben sehr beschränkt sind. Die Zustände lassen die Forderung verständlich erscheinen, daß hier, wo die private Unternehmungskraft verfaßt hat, Staat und Städte eingreifen, um der Wohnungsnot abzuhelfen. Wie das möglich ist, soll in einem besonderen Aufsatz dargetan werden.

Es ist schon oft an dieser Stelle auf die Zusammenhänge hingewiesen worden zwischen Industrie und Geldmarkt. Es ist selbstverständlich, daß die erstere von letzterem abhängig ist, und auch die Geldinstitute, die Banken, auf sie einen bestimmenden Einfluß haben. Das ist um so mehr der Fall, als wir in Deutschland eine ganz besondere Entwicklung haben, die sich von der in anderen Staaten ganz wesentlich unterscheidet. Und diese Entwicklung ist besonders für die der schweren Industrie maßgebend gewesen: In anderen Ländern beschränken sich die Banken darauf, der Industrie, Kredit zu geben gegen einen entsprechenden Zinsfuß; der Entstehung industrieller Werke, der Bildung von Gruppen, Fusionen und dergl. stehen sie ziemlich einflußlos gegenüber. Ganz anders in Deutschland. Schon gleich bei Beginn unserer neuzeitlichen Wirtschaftsentwicklung die mit der Schaffung des Reiches zusammenfällt, greifen die Banken bestimmend in die Entwicklung der Industrie ein. Sie geben ihr nicht nur Kredit, woraus an sich schon eine gewisse Abhängigkeit entspringt, sie gründen selbst Unternehmungen oder waren bei der Gründung beteiligt. Den Einfluß wahrten sie sich durch den Erwerb von Aktien. Da sich mit der Zeit sehr große Aktienbestände bei ihnen anhäuferten, erhielten sie Einfluß in die verschiedensten Unternehmungen. Dieser Einfluß zeigt sich rein äußerlich darin, daß einzelne in der Bankwelt herrschende Persönlichkeiten in dem Aufsichtsrat der verschiedensten Unternehmungen sitzen, wo sie natürlich ihren Einfluß geltend machen. Nicht nur die technische Vollkommenheit der großen Gewerkschaften hat die Konzentration der Betriebe veranlaßt, wie wir sie heute in so starkem Umfange vollziehen sehen, sondern zu erster Linie der Einfluß der Banken, für die natürlich die erhöhte Rentabilitätsmöglichkeit ausschlaggebend war, die zweifellos bei der Zusammenarbeit mehrerer Großbetriebe eher gegeben ist als bei der Zusammenhängigkeit vieler Kleinbetriebe.

Die größte Bank in Deutschland und darüber hinaus war bisher die deutsche Bank. Es gibt wohl kaum eine wirklich bedeutende Unternehmung der Welt, bei der sie nicht die Hand im Spiele hat. Ihr Aktienkapital betrug bisher 200 Mill. Mark, wurde aber in der letzten Generalversammlung auf 250 Mill. erhöht. Ihre verfügbaren Geldmittel sind dadurch aber noch keineswegs erschöpft; sie verfügt außerdem noch über einen Reservefonds von 175 Mill., jedoch sie über 425 Mill. Mark eigene Mittel verfügt. Der Einfluß der Berliner Großbanken deren größte die deutsche Bank war, auf das Wirtschaftsleben der rheinisch-westfälischen Industrie war bisher ganz unbedeutend. Einige altertümliche heimische Banken hatten dieses Gebiet noch für sich behauptet, allerdings nicht ohne die Konkurrenz der Berliner Banken. Um nun Einfluß auch auf diesem Gebiet zu gewinnen, vereinigte die deutsche Bank die bergisch-märkische Bank in sich, wodurch die schon erwähnte Kapitalerhöhung notwendig wurde.

Die nächstgrößte Bank nach der deutschen Bank war die Diskontogesellschaft, die ihren Sitz ebenfalls in Berlin hat. Sie erhöhte nach dem Bekanntwerden der Erhöhung des Aktienkapitals durch die deutsche Bank das ihre um 25 Mill. Mark, jedoch es sah darauf auf 25 Mill. Mark bezifferte. Es erscheint jetzt durchaus begründet, daß die Diskontogesellschaft dem Vorbringen der deutschen Bank in das rheinisch-westfälische Industriegebiet einen Organismus bieten wollte, und sie hat ihn in ganz unerwarteter Weise geboten durch die Angliederung des schaffhauser Bankvereins, dessen Wirkungsbereich hauptsächlich die rheinisch-westfälische Industrie ist. Der Einfluß dieses Bankvereins war bisher ein ungemein größerer als der der bergisch-märkischen Bank, so daß die Diskontogesellschaft in dem Ringen um Einfluß in Rheinland-Westfalen offenbar einen günstigen Vorsprung erlangt hat. Es sei noch erwähnt, daß die Diskontogesellschaft im Verlaufe der genannten Vereinigung ihr Aktienkapital auf 300 Mill. Mark erhöht hat und damit die gewaltigste Bank in Deutschland geworden ist. Es erübrigt sich hier auf die Gründe einzugehen, die den schaffhauser Bankverein zu seiner Selbstauflösung bewegen haben — es genügt zu wissen, daß das Schicksal der Entwicklung der rheinisch-westfälischen Industrie — insbesondere auch der schweren Industrie

— nicht mehr in Rheinland selbst, sondern in Berlin bestimmt wird.

Durch die gewaltige Konzentration im Bankwesen kann auch eine solche der gesamten Industrie Deutschlands noch weiter gefördert werden, da sich das Einflußgebiet der größten Banken nun nicht mehr nur auf den Norden und Osten sondern auch auf den Westen erstreckt. Unsere Industrie wird von den geschäftlichen Vorgängen aufs innigste berührt — der Grund der etwas ausführlicheren Erörterung hier.

Wenn im März und April auch eine wesentliche Veränderung in der Lage unserer Industrie nicht eingetreten ist, eine Verschlechterung ist auf jeden Fall nicht zu konstatieren. Die Roheisenproduktion im März hielt sich auf einer Höhe, die von der der Hochkonjunktur nur wenig abweicht. Im Vergleich mit dem März des Vorjahres ist zwar die Erzeugung etwas zurückgegangen, gegen den Vormonat hat sie sich aber gehoben. Sie betrug 1602 714 Tonnen gegen 1 445 511 im Februar und 1 629 463 im März 1913. Die arbeitstäglige Produktion ist im März ebenfalls etwas größer als im Vormonat, bleibt aber hinter der im entsprechenden Monat des Vorjahres zurück. Auch der Verkauf des Roheisens vorbandes hat sich im März gehoben — er betrug 80,18 % der Beteiligung gegen 75,33 % im Februar und 101,33 % im März 1913. Für den April erwartet man einen stärkeren Verkauf. Der Rückgang im Februar vorband war im wesentlichen in den ungünstigen Schiffahrtsverhältnissen begründet.

Der Außenhandel in der Eisenindustrie entwickelte sich im März günstig. Bei der Zurückhaltung des inländischen Marktes auf manchen Gebieten natürlich von der höchsten Bedeutung. Die Einfuhr betrug 42 926 Tonnen, die Ausfuhr 573 733; die entsprechenden Zahlen im Vormonat waren 35 259 und 554 045. Der Auslandsverkauf an Roheisen ist gegen den März 1913 zurückgegangen, gestiegen ist — was wichtiger ist — dagegen der Verkauf an Halbzeug und eine sehr starke Zunahme hat die Ausfuhr von Stabeisen erfahren. Auch die Ausfuhr von Eisenbahnstählen und anderem Oberbaumaterial entwickelte sich günstig.

Der Verband des Stahlwerksverbandes zeigt im März einen kräftigen Aufschwung — nur in Eisenbahnmaterial ist er etwas zurückgegangen, in Halbzeug und Formeisen aber so gestiegen, daß er die entsprechenden Zahlen im Vorjahr recht erheblich übersteigt. Der Verkauf an Halbzeug betrug im März d. J. 153 170 Tonnen gegen 134 489 im Februar und 151 688 Tonnen im März 1913. An Formeisen kamen 201 033 Tonnen zum Verkauf gegen 133 869 im Februar und 178 152 im März 1913. In den letzten Zahlen spiegelt sich die Belebung der Bautätigkeit deutlich wieder. Der Verkauf an Eisenbahnmaterial betrug 206 324 Tonnen gegen 214 567 im Februar und 232 437 im März 1913. Diese Zahlen sind um so günstiger als ja die im Stahlwerksverband syndizierten Produkte der Preisbildung im freien Wettbewerb entrückt sind und auch heute noch einen Stand aufweisen, der nur mit dem Prädikat gut bezichnet werden kann. Der Verband des Stahlwerksverbandes wie auch des Roheisenverbandes weisen im April einen Rückgang auf, der aber nicht auf einen Konjunkturrückgang sondern lediglich auf die Differenzfrage zurückzuführen ist.

Auf dem Markte für die weiter verarbeiteten Produkte unserer Industrie hat sich wenig geändert. Nachdem in Stabeisen eine vorübergehende Belebung der Nachfrage den Anschein einer Besserung erweckt hatte, ist angeklagt wieder Ruhe eingetreten, deren Folgen durch die ganz ungenügende Preisbildung noch verschlimmert werden; auch das Exportgeschäft ist ruhiger geworden.

Obgleich die Lage der Verfeinerungsprodukte eine keineswegs günstige ist, haben Syndizierungsbemühungen wenig oder gar keine Aussicht auf Erfolge. Eine wohl bemerkenswerte Veränderung der Lage ist allerdings in den letzten Tagen durch eine Erklärung der Rheinischen Stahlwerke eingetreten. Durch diese Erklärung wird die Erneuerung des Roheisenverbandes wie auch des Stahlwerksverbandes in engem Zusammenhang mit der Erneuerung des Kohlenyndikats gebracht, über die z. B. ja Verhandlungen schweben. Die Rheinischen Stahlwerke haben erklärt, daß sie der Erneuerung des Kohlenyndikats nur zustimmen könnten, wenn zugleich auch die beiden anderen Verbände verlängert würden, und noch mehr, wenn auch wieder die früher im Stahlwerksverband kartellierten sog. B-Produkte syndiziert würden. Diese Drohung ist, so lang sie vereinigt bleibt, nicht tragisch zu nehmen, könnte aber von mehreren erhoben, wohl zu dem beabsichtigten Zweck führen.

### Von der Gelbentagung in Saarabien

Die Gelben werden am Sonntag, den 24. Mai im Gleichschritt und mit Musik durch die Straßen Saarbrückens geführt. Natürlich gehört zu dem Festzug eine Festrede mit nachfolgendem Tanz usw. Einer „dem die Gelbucht zum Halbe heraushängt“ — wie er uns schreibt — und der ein ganz Stroh ist, sendet uns folgenden „Originalbericht“ von der gelben Bezauberung, mit der Bitte um gefl. Abdruck:

Rede des gelben Sozialsekretärs auf dem diesjährigen Gelbentage in Saarbrücken.

Thema: Ist die soziale Lage der Metallarbeiter im Saargebiet zufriedenstellend?

Keine sehr verehrten Anwesenden! Um Ihnen ein Bild von der sozialen Lage der Metallarbeiter im Saargebiet zu geben, zunächst einige Zahlen. Die Großeisenindustrie, der Fiskus des Kapitalismus beschäftigt allein rund 28 000 Arbeiter im Saargebiet. Weitere 12 000 sind in kleineren Betrieben beschäftigt. Gewaltig ist die Produktion der Werke gestiegen und die Gewinne derselben zählen nach Millionen. Die Reingewinne der einzelnen Werke betragen im Jahre 1912/13:

Willingen Hütte	7 833 595 M.
Verbaach-Eich-Wädelingen	11 849 450 M.
Nöcklingische Eisen- und Stahlwerke	7 991 290 M.

Den Werken geht es also sehr gut. Allein die gute Lage der Industrie ist kein zuverlässiger Maßstab, zur Beurteilung der sozialen Lage der Arbeiter. Reine äußerlich betrachtet ist die Lage der Metallarbeiter im Saargebiet eine „Gute“ zu nennen. Als Beweis führe ich an:

1. Den imposanten Festzug, den unsere „Wirtschaftsfriedlichen“ an der Saar anläßlich unserer jetzigen Lage arrangiert haben. (Erregter Widerspruch bei den Gelben.) Ja, meine Herren, da hilft Ihnen kein Widerspruch, denn der Beweis stimmt. (Keine Erregung bei den Gelben.) (Bannhieb der Arbeitgeber werden Meister beantragt, ich die Namen der Schreier zu notieren.) Der Sozialsekretär fortgesetzt: Die Tatsache, daß wir Lande wirtschaftsfriedliche Arbeiter durch die Straßen der Großstadt schleppen konnten, ist doch ein Beweis dafür, daß Sie zufrieden sind. (Bravo bei den Unternehmern.)

Die Presse wird auch von dem Festzug Notiz nehmen, und überall in ganz Deutschland werden die Unternehmerorgane schreiben: „Die Saarmetallarbeiter wollen nichts von Streikgewerkschaften wissen, sondern sie sind zufrieden und „wirtschaftsfriedlich“. (Sehr richtig bei den Unternehmern.) (Die Gelben blicken zu Boden, einzelne verlassen auf kurze Zeit den Saal.)

2. Als weiteren Beweis Eurer guten sozialen Lage führe ich Euer schmucke Kleidung an. Ungemein prächtig nimmt sich die schöne Uniform aus. Ich stelle mir vor, wie schön es sein muß, wenn der Vater abends nach 12- oder 24stündiger Schicht in seine Familie kommt, den schönen Schachthut mit dem Federbusch aufsetzt, die schöne Zeitung „Der Wirtschaftsfriede“ zur Hand nimmt, seinen 3-6jährigen Kindern vorliest, bis ihm sanft die Augen zufallen und die Kinder mit Vaters Federbusch spielen. Muß das nicht herrlich sein?

3. Von der Arbeitszeit in der Großeisenindustrie hat die Öffentlichkeit ganz falsche Begriffe. Es stimmt ja, daß wir 12stündige Arbeitszeit haben und auch Sonntags 24 Stunden arbeiten müssen, aber in diesen 12 oder 24 Stunden wird doch nicht immer gearbeitet. Unser Freund Herr Dr. Rind hat eine Broschüre herausgegeben, worin er nachweist, daß die Hüttenarbeiter zum Teil nur eine 4/5stündige Arbeitszeit haben. (Hört! Hört, bei den Unternehmern.) Peinlich sind uns nur die von der Regierung angestellten Gerberinspektoren. So wird augenblicklich von der Gewerkschaftspresse wieder die Tatsache festgestellt, daß im Regierungsbezirk Trier 2 252 080 wirklich geleistete Ueberstunden von uns verfahren wurden, und daß davon auf Sonntage 1 206 941 Ueberstunden entfallen. Aber, meine lieben Hüttenarbeiter, haben wir nicht immer Stellung genommen gegen die staatliche Einmischung? „Frei“ soll der einzelne Staatsbürger sein und bleiben! Am besten kämen wir über die anmaßenden gesetzlichen Bestimmungen hinweg, wenn wir es machten, wie unser Bruderverein Neunkirchen. Der hat nämlich in sein Statut einen Paragraphen aufgenommen, nach welchem die Mitglieder ihre Stimmen bei politischen Wahlen so abzugeben haben, wie es der Vorstand beschließt. Das ist eine kluge Einrichtung. Liebe sich in der Frage der Arbeitszeit nicht ein ähnlicher Modus finden. (Unruhe bei den Gelben.) Einer steht auf und bittet, eine kleine Pause eintreten zu lassen, da seine Kollegen dem Vortrage nicht länger ohne Stärkung folgen könnten. Sie wird gewährt. (Heber Werkvereiner erhält zwei Hüttenarbeiterkongress.) Nach der Pause fährt Redner fort: Liebe Kameraden! Ich habe vorher betont, daß der einzelne Staatsbürger „frei“ sein soll. Auch wir streben der Freiheit zu! Ja „Freiheit“, die ich meine, ist die Parole unserer Arbeitgeber. (Belegtes Käufchen bei den Unternehmern.) Redner verbessert sich: Freiheit, die Sie meinen. (Gelächter.) Haben wir nicht die Koalitionsfreiheit? Die anderen Gewerkschaften haben nicht die Freiheit wie wir. Sie dürfen nicht wie wir die Beiträge im Betrieb einkassieren lassen. Sie dürfen ihr Butterbrot nicht in ihr Verbandsorgan, oder in die „Saarpost“ einwickeln. Sie bekommen ferner keine Gratifikation, kein Freibier und Schinkenbrötchen. Sagt an, Freunde, genießen wir nicht große Freiheit. (Sehr richtig! bei den Arbeitgebern.) und doch liebe Freunde, will mir scheinen, daß unsere Arbeiter die Freiheit mißbrauchen. So wurde mir z. B. berichtet, daß unsere Böttlinger Freunde kürzlich gegen einen Lohnabzug von 30 M. protestierten; ja, die Nachschicht hat sogar die Arbeit niedergelegt. So etwas darf bei uns unter keinen Umständen vorkommen. Dadurch gefährden wir den Wirtschaftsfrieden! Nehmt Euch ein Beispiel an unseren Kollegen von Burbach, Neunkirchen und Verbaach. Diese lassen sich viel größere Abzüge ganz ruhig gefallen.

Doch wir sind auf die Lohnfrage zu sprechen gekommen. Ein ungemein schwieriges Gebiet, das wir getrost unsern Arbeitgebern überlassen können. Die Aktionäre in Luxemburg, Belgien und Frankreich werden schon für uns sorgen. Allein schon die Tatsache, daß wir deutschnational sind, ist für sie maßgebend, uns nicht verhungern zu lassen. Ich komme zum Schluß, da ich sehe, daß meine Worte Sie zu sehr angreifen. Ich fasse das Gelagte noch einmal kurz zusammen.

Die soziale Lage der Metallarbeiter an der Saar ist sehr zufriedenstellend! Ich habe Ihnen den Beweis hierfür ja erbracht. An Ihnen, liebe Hüttenarbeiter, liegt es nun, dafür zu sorgen, daß die soziale Lage immer eine gute bleibt. Dies können Sie am besten dadurch erreichen, wenn Sie immer hübsch wirtschaftsfriedlich, also „gelb“ bleiben. Wir können dann jederzeit behaupten, daß Ihre zufrieden sind. (Die Gelben rufen unverständliche Worte.) So, nun treten wir in die Diskussion ein. Wer wünscht das Wort?

Die Arbeiter beraten unter sich, wer reden soll. Sie treten schließlich an ihren Kollegen Ernst Nusseger heran, der mit finsterner Miene dem Vortrag folgte. Er bestiegt leichtenfuß das Rednerpult und beginnt:

Liebe Kameraden! Noch nie in meinem ganzen Leben habe ich die Schmach des Gelbentags so empfunden, wie beim Anhören dieses Vortrages. Mit einer Deutlichkeit, für die ich dem Herrn Sozialsekretär außerordentlich dankbar bin, hat er uns gesagt, was alles aus der Tatsache, daß wir uns in die gelben Werksvereine pressen lassen, gemacht wird. Daß wir den Festzug mitgemacht haben, soll ein Beweis für unsere gute soziale Lage sein. (Hört! Hört!) Ich muß mir Jügel anlegen, sonst könnte ich mich vergessen. Es ist nun rasend werden; denn leider muß ich gestehen, daß aus unserem Verhalten die Öffentlichkeit den Schluß ziehen kann, es gehe uns gut.

Aber wie kommen denn solche Festzüge zustande? Durch „Zuckerbrot und Peitsche“ wurden wir in die gelben Werksvereine gepreßt. Durch die gleichen Mittel zum Festzug. Ein Kollege von den Straßenbahnern sagte mir, daß bei ihnen ein Anschlag ausgegangen habe, in dem den Arbeitern, die den Festzug mitmachen, ein Turf Zigarren und Gutscheine für Bier und Schinkenbrötchen versprochen wurde. Bei uns auf der Hütte wurde u. a. folgendes angekündigt: „Wer den Festzug nicht mitmacht, fliegt aus dem Verein.“ Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als den Verlust der Gratifikation. Aber ich erkläre es rund heraus: Ich verzichte von jetzt ab auf das gelbe Almosen und werde mich gewerkschaftlich organisieren; denn hundertfach groß sind die Nachteile, die mit dem Annehmen des Almosen verbunden sind. Ich werde von jetzt ab meiner Familie etwas anderes vorlesen als das Gelächel des „Wirtschaftsfriedens“. Meinen Kindern und meiner Frau werde ich sagen: Es ist eines deutschen Mannes unwürdig, sich wie ein Unfreier zu benehmen und ihnen klar machen, wie schmachvoll es ist, gegen seine Arbeitsbrüder zu stehen. Mein Vordredner hat so viel von Freiheit geredet. Nicht Freiheit, sondern Tyrannei schlimmster Art ist es, was bei den Gelben getrieben wird. Wie könnte es auch anders sein. Sind es doch dieselben Schachmacher, die gegen alle Arbeiterrechte kämpfen, die die Werksvereine gegründet haben.



gegründet haben mit der ausgesprochenen Absicht, uns willenlos zu machen. Für dieses Beginnen fehlt mir der richtige Ausdruck. Bodenlose Frechheit ist es, hier von dem schönen Worte Freiheit zu reden. Die Heiden von Spichern würden sich im Grabe herumdrehen, wenn sie den Mißbrauch, der heute hier mit dem Worte Freiheit getrieben wurde, gehört hätten. Doch ich will schließen mit dem ungemein traurigen Kapitel. Daß ich zu einem ganz anderen Schlusse bezüglich der sozialen Lage der Metallarbeiter komme, wie der Vorredner, ist selbstverständlich. Unsere Lage ist noch sehr verbesserungsbedürftig, namentlich in folgenden Punkten. 1. Lohnverhältnis, 2. in der Arbeitszeit, 3. in der Behandlung und 4. in der Pensionskassen- und Wohnungsfrage und in noch vielen andern Punkten. Liebe Kameraden! Eins möchte ich noch besonders betonen. Mit „gelben“ Werkvereinen, und wenn die Mitglieder noch so schöne Federbüsche aufhaben, wird unsere soziale Lage niemals gebessert.

Herr Kommerzienrat Manz hat die Selben richtig eingeschätzt. Er sagte:

„Solche Vereine verdienen als gelbe bezeichnet zu werden und haben das Stigma als Verräter der Arbeiterrechte zu tragen. Hier waltet nicht die freie Selbstbestimmung der Arbeiter, sondern der Druck der Arbeitgeber. Um eines geringen Vorteils, einer Geldprämie willen oder wegen der Aussicht auf eine Unterstützung in der Zukunft, die ihm wie ein Köder hingehalten wird, verkauft ein solcher Arbeiter sein vom Gesetz geschütztes Koalitionsrecht, während er vor Augen sieht, wie seine Arbeitgeber von dem gleichen Recht für sich den ausgiebigsten Gebrauch machen und sich in einem mächtigen Unternehmerverband zusammenschließen. Die Solidität der Arbeiterinteressen wird ihm ein fremder Begriff und der soziale Gedanke geht ihm dabei völlig verloren.“

So ist es Kollegen! Wer seine wirtschaftlichen Interessen als Metallarbeiter wirksam vertreten will, der hänge die gelbe Uniform an den Nagel, oder in seinen Garten als Vogelscheuche und organisiere sich in einer wirklichen gewerkschaftlichen Organisation.

Als der Redner geendet, herrschte Totenstille im Saal, es ist dunkel geworden. Der Redner glaubt geträumt zu haben. Doch was ist das? Aus dem nahen Garten des Monopols klingen liebliche Töne an sein Ohr, die Musik spielt: „Freiheit die ich meine“. Er schleicht nach Hause und weint. Heute sieht er noch keinen Weg, um aus den gelben Fesseln herauszukommen. In seinem Innern aber kocht und brodelt es. Zähneknirschend vor innerem Grimm schlägt er, zu Hause angekommen auf den Tisch und aus seinen zusammengekniffenen Lippen preßt er den Ruf: „Und es muß doch einmal anders werden!“ Denn der Gott der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.

## 25 Millionen Ueberstunden

(Schluß.)

Erfreulicher Weise hat die Gewerbeaufsicht des Regierungsbezirks Düsseldorf im Jahre 1912 eingehende Ermittlungen angestellt über die Belastung des einzelnen Arbeiters mit Ueberarbeit. Diese Feststellungen sind im Jahre 1913 fortgeführt und in anderen Bezirken neu aufgenommen worden.

Im Regierungsbezirk Osnabrück (Oberhesseln) haben etliche Gewerbeinspektoren, die Ueberarbeit der am höchsten belasteten Arbeiter das Jahr hindurch in den Ueberarbeitsverzeichnissen verfolgt. Die höchsten Ueberarbeitsziffern hatten ein Lokomotivheizer mit 1363 und ein Lokomotivpuffer mit 1178 Ueberstunden.

Eine besondere Inanspruchnahme mit Ueberarbeit verzeichneten im Reg.-Bezirk Münster einige Plagarbeiter und einige Schlosser. Von drei Plagarbeitern leistete jeder an gewöhnlichen Tagen in sieben Monaten 522 Ueberstunden, und von drei Schlossern jeder in der gleichen Zeit 217 Ueberstunden. Drei Schlosser mußten in vier Monaten allein an Sonntagen 416 Ueberstunden arbeiten.

Im Bezirk Arnberg wurden neben anderen Ermittlungen in zwei Inspektionen Feststellungen gemacht über die Belastung des einzelnen Arbeiters mit Ueberarbeit. Ermittelt wurde, daß in 27 Hauptbetriebsabteilungen von den 10 945 Arbeitern 1917 gleich 18,3 Prozent monatlich 60 und mehr Ueberstunden, und 168 gleich 1,6 Prozent monatlich 90 und mehr Ueberstunden leisten mußten. In den 11 Reparaturwerkstätten dieser Werke mußten von den 1787 Arbeitern 1089 oder 61 Prozent monatlich mehr als 60 und 80 gleich 4,5 Prozent mehr als 90 Ueberstunden leisten. „Herzvorzuheben ist“, heißt es im Arnberger Bericht S. 396, „daß zu besonders zahlreichen Ueberstunden während eines vollen Jahres auch Personen herangezogen worden sind, von deren Arbeitsfrische und Aufmerksamkeit im Dienste unter Umständen Leben und Gesundheit ihrer Mitarbeiter abhängen“. Zum Beweise dafür bringt der Bericht die nachstehende Zusammenstellung:

Vom 1. Dezember 1912 bis 30. November 1913 haben Ueberstunden geleistet:

	Insgesamt im Jahre 1913.	Durchschnittlich pro Monat
Nr. 1. Plagarbeiter . . . . .	1019 Ueberstb.	85 Ueberstb.
2. Kesselhausmaschinist . . . . .	840 „	70 „
3. Giebereiarbeiter . . . . .	839 „	70 „
4. Weichensteller . . . . .	1113 „	93 „
5. Lokomotivfahrer . . . . .	921 „	77 „
6. Bahnhilfsarbeiter . . . . .	978 „	82 „
7. Balgwerkmaschinist . . . . .	1059 „	88 „
8. Balgwerkmaschinist . . . . .	1198 „	95 „
9. Kranführer . . . . .	1008 „	84 „
10. Balgwerksschlosser . . . . .	1075 „	90 „
11. Vorarbeiter (Hochschlosserei) . . . . .	1038 „	86 „
12. Hochschlosser . . . . .	996 „	83 „
13. Hochschlosser . . . . .	905 „	75 „
14. Bahnarbeiter . . . . .	1249 „	104 „

„Der Versuch“, die Ueberarbeit von besonders stark angelegten Arbeitern durch das ganze Jahr hindurch zu verfolgen“, schreibt der Arnberger Berichterstatter, „mußte häufig aufgegeben werden, weil diese Arbeiter plötzlich nicht mehr in der Ueberarbeitsliste erschienen, wenn sie entweder ausgesprochen oder in eine andere Betriebsabteilung versetzt worden oder infolge von Krankheit oder Unfall ausgeschieden waren.“ Jedenfalls wird in der Mehrzahl der Fälle Krankheit oder Unfall der Grund des Ausscheidens gewesen sein. Denn diese unmenhliche Ueberarbeit neben der täglichen 12stündigen Arbeitszeit hält schließlich gefagt kein Pferd aus.

Der Berichterstatter für den Regierungsbezirk Koblenz meldet: „Auf dem Weichblechwerke Raffelstein mit rund 1500 Arbeitern haben 65 Leute 156 mal Ueberstunden gemacht, die über 60 Stunden und in sechs Fällen sogar 90 bis 100 Stunden in einem Monat ergeben. — Auf elf Werken im Bezirke der Gewerbeinspektion Weßlar haben von 4344 Arbeitern 1195 im monatlichen Durchschnitt Ueberarbeit geleistet. Von diesen 1195

Arbeitern haben während eines halben Jahres monatlich Ueberstunden gemacht: 156 Arbeiter 40 bis 50 Stunden, 100 Arbeiter 51 bis 60 Stunden, 90 Arbeiter 61 bis 89 Stunden und ein Arbeiter in einem Monat einmal 90 Stunden.“

Im Regierungsbezirk Düsseldorf ist der bereits im Vorjahr angestellte Versuch, die tatsächliche Belastung des einzelnen Arbeiters mit Ueberarbeit statistisch zu erfassen, im Berichtsjahr in erweitertem Umfang fortgesetzt worden. Zu diesem Zwecke sind zunächst, wie im Vorjahr, alle Fälle, in denen ein Arbeiter im Verlauf eines Monats 60 und mehr Ueberstunden geleistet hat, ebenso diejenigen Fälle, in denen die monatliche Ueberarbeit eines Arbeiters 90 und mehr Stunden betrug, aus den Ueberarbeitsverzeichnissen herausgezogen worden. Das Ergebnis dieser Feststellungen ist in einer Uebersicht wiedergegeben.

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, „daß in 23 340 Fällen eine mehr als 60stündige monatliche Ueberarbeit geleistet worden ist, und daß darunter 1984 Fälle sich befinden, wo die in einem Monat geleistete Ueberarbeit 90 Stunden überstiegen hat. Die im vorigen Jahresbericht angegebenen Zahlen werden also durch die neueren Feststellungen noch übertroffen. Aus der Uebersicht ergibt sich weiterhin eine bemerkenswerte Tatsache, daß in diesen Fällen stärker Inanspruchnahme zwar, wie zu erwarten, die Arbeiter der Reparaturwerkstätten relativ am stärksten beteiligt sind, daß aber auch die Arbeiter der Haupt- und Nebenbetriebsabteilungen, die größtenteils im Tag- und Nachtbetriebe beschäftigt werden, in erheblichem Umfang einer derartig starken Beanspruchung durch Ueberarbeit ausgesetzt sind. Ueberdies arbeitet auch ein Teil der Reparaturarbeiter in wechselnden Tag- und Nachtschichten, und die Tätigkeit dieser Arbeiter vollzieht sich zum größten Teil unter denselben Verhältnissen, wie die der eigentlichen Feuerarbeiter, da die Reparaturen vielfach während des Betriebes ausgeführt werden müssen.“

Um weiterhin zu ermitteln, wieviel verschiedene Arbeiter bei den erwähnten 23 340 und 1984 in Frage kommen, so ist für einen großen Teil der Arbeiter, die einmal mehr als 60stündige Ueberarbeit im Monat geleistet hatten, heißt es weiter im Düsseldorf-Bericht, nachgeprüft worden, ob und gegebenenfalls wie oft sich dies im Berichtszeitraume wiederholt hat. Leider ist diese Nachprüfung, die viel Zeit erfordert, in diesem Jahre nur bei etwa der Hälfte der Fälle möglich gewesen. Da die nachgeprüften 12 170 Fälle sich jedoch auf Arbeiter beziehen, die in den verschiedensten Werken und Betriebsabteilungen der Großeisenindustrie beschäftigt waren, kann das Ergebnis der Untersuchung, wie es sich aus der Uebersicht ergibt, unbedenklich auch für die nicht näher untersuchten Fälle als zutreffend angenommen werden. Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß an den nachgeprüften 12 170 Fällen von mehr als 60stündiger Ueberarbeit in einem Monat 5562 verschiedene Arbeiter beteiligt waren; von denen eine derartig ausgedehnte Ueberarbeit 2997 nur einmal, 1040 zweimal, 569 dreimal, 382 viermal usw. und schließlich 24 zwölfmal geleistet haben.

Die ausgeführten 838 Fälle von mehr als 90stündiger Ueberarbeit im Monat verteilen sich auf 525 Arbeiter in der Weise, daß 410 Arbeiter einmal, 80 zweimal, 28 dreimal, 15 viermal, je fünf fünf- und sechsmal, sechs siebenmal, zwei achtmal und einer zwölffmal betroffen wurden. Nachgetragen man das hier gefundene Ergebnis auf die nicht näher nachgeprüften Fälle, so ergibt sich, daß von den 78 580 Arbeitern der Großeisenindustrie etwa 11 000 in einem Monat eine mindestens 60stündige und etwa 1300 eine mindestens 90stündige Ueberarbeit werden haben leisten müssen, und daß etwa die Hälfte dieser Leute von einer solchen Ueberarbeit im Laufe des Jahres wiederholt betroffen sein wird.

„Auch diese Zahlen geben indessen von der tatsächlichen Belastung der Arbeiter insofern noch kein klares Bild, schreibt der Berichterstatter, „als sie die in den Ueberarbeitsmonaten geleistete Zahl von Ueberstunden, die naturgemäß wesentlich höher als 60 und 90 liegt, nur in ihrer unteren Grenze erkennen lassen.“ Diese Lücken füllt die Zusammenstellung auf Seite 490 auszufüllen, die im vorigen Jahresberichte (S. 498) nur von einer Gewerbeinspektion geliefert werden konnte, diesmal aber die meisten Werke der Großeisenindustrie umfaßt. Sie stellt unter 1. für alle in den berücksichtigten Betrieben überhaupt vorgekommenen Fälle von mehr als von 60stündiger monatlicher Ueberarbeit die Summe der in jedem einzelnen Monat von den in Betracht kommenden Arbeitern geleisteten Ueberstunden der Zahl der beteiligten Arbeiter gegenüber und ermöglicht so, die durchschnittliche Inanspruchnahme dieser hochbelasteten Arbeiter in jedem Monat zu ermitteln. Das gleiche ist unter 2. bezüglich der Fälle von mehr als 90stündiger monatlicher Ueberarbeit geschehen. Wie die Zusammenstellung ersichtlich macht, schwankt die durchschnittliche Belastung der Arbeiter unter 1. zwischen 68 und 75 Ueberstunden, unter 2. zwischen 92 und 106 Ueberstunden im Monat; man wird daher in den festgestellten Fällen von mehr als 60stündiger Ueberarbeit im Monat mit einer Durchschnittsbelastung von etwa 71 Stunden, in den Fällen von mehr als 90stündiger Ueberarbeit mit einer solchen von 98 Stunden rechnen müssen.“

Da auch diese Zahlen in gewissem Sinne nur Durchschnittszahlen bedeuten, ist in einer Uebersicht für eine Anzahl hochbelasteter Arbeiter unter Angabe ihres Berufes im einzelnen nachgewiesen, wie sich ihre Ueberarbeitsleistung auf die verschiedenen Monate verteilt. Die Uebersicht bietet im Uebrigen keineswegs eine erschöpfende Zusammenstellung der schlimmsten Fälle von Ueberarbeitsbelastung. Mehrliche Fälle kämen vielmehr unter den Großeisenarbeitern des Reg.-Bez. Düsseldorf noch in großer Zahl vor; sie sämtlich aufzuführen set, und das ist bezeichnend, nicht möglich.

Aus diesen Darlegungen geht unzweideutig hervor, wie unheimlich die Belastung mit Ueberarbeit ist. Wie lange wolle sich die Arbeiter der Großeisenindustrie diese Ausbeutung noch gefallen lassen?

Um den Einwand der Werksleitungen, daß die Ueberarbeit hauptsächlich durch die Minderarbeit erforderlich wäre und in dieser auch ihren Ausgleich finde, auf seine Berechtigung nachzuprüfen, ist für ein großes gemischtes Hüttenwerk im Reg.-Bez. Düsseldorf die Zahl der Ueberstunden einerseits und die Zahl der freiwillig, wegen Krankheit oder militärischer Dienstleistung veräußerten Stunden andererseits ermittelt worden. Das Ergebnis dieser Feststellungen, die den Zeitraum von 10 Monaten umfassen, ist folgendes:

„545 997 Ueberstunden stehen 818 720 Fehlstunden gegenüber; ziffernmäßig reichen daher die Ueberstunden noch lange nicht aus, um den durch Fehlstunden entstandenen Fehlbetrag zu decken. Hierbei ist jedoch zunächst zu berücksichtigen, daß von den 818 720 Fehlstunden nicht weniger als 548 750 oder 67 Prozent auf Erkrankungen und militärische Uebungen entfallen. Da unter den als freiwillig gefehlt aufgeführten Stunden sich erfahrungsgemäß noch eine erhebliche Zahl von Stunden befindet, die infolge kürzerer Erkrankungen ohne Krankenschein oder aus sonstigen dringenden Anlässen veräußert worden sind, so können die so

genannten Bummelstücken für die Ueberarbeit nur in verhältnismäßig geringem Umfang verantwortlich gemacht werden. Weiterhin muß aber besonders betont werden, daß bei den durch Ueberarbeit am stärksten belasteten Arbeitern ein Ausgleich durch Minderarbeit nur in sehr geringem Maße stattfindet.“ Um das nachzuweisen, sind für dasselbe Werk die Ueber- und Fehlstunden aller derjenigen Arbeiter ermittelt worden, die mindestens in sechs Monaten eine 60- oder mehrstündige Ueberarbeit geleistet haben. Hierfür kommen 47 Arbeiter in Betracht, deren Ueber- und Minderarbeit in einer Uebersicht auf Seite 496 einander gegenüber gestellt ist.

Die Nachweisung ergibt, daß den von den Arbeitern geleisteten 37 490 Ueberstunden nur 5 210 veräußerte Stunden gegenüberstehen, von denen überdies mehr als die Hälfte — 2730 — auf Erkrankungen, 700 auf militärische Dienstleistungen und nur 1780 auf freiwillige Veräußerung entfallen. Ein ähnliches Ergebnis hatten die für zwei andere Werke des Regierungsbezirks Düsseldorf angestellten Ermittlungen. „In dem einen Werke haben 63 Arbeiter, die sämtlich mindestens in sechs Monaten des Berichtsjahres eine 60- und mehrstündige Ueberarbeit geleistet haben, insgesamt 48 453 Ueberstunden verfahren, aber nur 3150 Stunden veräußert. In dem anderen Werke belief sich die Summe der Ueberstunden von 19 in der gleichen Weise belasteten Arbeitern auf 14 384, die der veräußerten Stunden auf 1340. Da die vorgenannten Arbeiter kann somit von einem irgendwie nennenswerten Ausgleich der Ueberarbeit durch die Minderarbeit tatsächlich keine Rede sein.“

Von einem Gewerbeinspektor im Regierungsbezirk Osnabrück wurden ebenfalls Feststellungen gemacht über die Frage, ob die Arbeiter sich für lange Ueberarbeitszeiten durch freiwilliges Feiern entschädigen. „Wie zu erwarten, ist dies nicht der Fall, da gerade die fleißigsten Arbeiter sich zu den gut bezahlten Ueberarbeitsstunden drängen, ohne auf ihre Gesundheit Rücksicht zu nehmen. Bummelanten drängen sich nicht zur Ueberarbeit.“

Die Berichte des Gewerbeaufsichtsbeamten enthalten alljährlich, so auch dieses Mal erdrückendes Material über die unhaltbaren Verhältnisse in der Großeisenindustrie. Eine Besserung ist nur möglich, wenn sich die Arbeiter geschlossen organisieren. Von der Gesetzgebung werden sie ausreichenden Schutz in absehbarer Zeit nicht erhalten.

## Bezirkskonferenz für den 2. Bezirk

Die diesjährige Bezirkskonferenz für den zweiten Verbandsbezirk tagte am Sonntag, den 3. Mai, in Köln in der Bürger-Gesellschaft. Die Verwaltungsstellen des Bezirkes waren sämtlich durch 46 Delegierte vertreten. Außerdem nahmen die Bezirksvorstandsmitglieder und freigestellten Beamten sowie von der Zentralkonferenz der Verbandsvorsitzende Kollege Wieser an der Tagung teil.

Bezirksleiter Kollege Schmitz erstattete den Geschäfts- und Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung, dem wir folgendes entnehmen:

Die Wirtschaftslage war im Jahre 1913 im allgemeinen ungünstig; in einzelnen Wirtschaftsgebieten des Bezirkes, so im Wuppertal, im Wuppertal und in der bergischen Schloßfabrikation lag die Konjunktur außerordentlich darnieder. Der schlechte Geschäftsgang der Industrie wirkte auf die gewerkschaftliche Entwicklung und auf das Organisationsleben ungünstig ein.

Lohnbewegungen sind 95 geführt worden, davon führten 12 zum Streik und 1 zur Auslieferung. In den Bewegungen waren 2167, an den Streiks 276 Mitglieder beteiligt. In 51 Fällen handelte es sich um Angriffs-, in 44 Fällen um Abwehrbewegungen. Von den Streiks waren 5 Angriffs- und 8 Abwehrkämpfe. Als Resultate und Erfolge der Bewegungen und Kämpfe sind zu vermerken: Für 965 Mitglieder 113 790 Mark an Lohnherbahrungen und für 604 Mitglieder an Arbeitszeitverkürzung 60 060 Stunden im Jahr.

Tarifverträge wurden in zwei Fällen neu abgeschlossen und in sieben Fällen verlängert. Bedeutende Anstrengungen mußten zudem zur Abwehr von Lohnreduktionen und sonstigen Verschlechterungen gemacht werden. In 11 Fällen wurden Lohnabzüge von 5 bis 20 Prozent vollständig abgewehrt und in 10 Fällen gelang es, beabsichtigte Lohnreduzierungen bedeutend zu ermäßigen. In drei Fällen konnten Maßregelungen rückgängig gemacht werden.

Die Agitation wurde infolge der Tatsache, daß die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs mit erheblichem Rücktritt der Arbeiter von der gewerkschaftlichen Betätigung als zu Zeiten guten Geschäftsganges zu rechnen hat, naturgemäß in andere Bahnen gedrängt. Der Kampf um den einzelnen Mann, die Klein- und Hausagitation stand im Vordergrund. Zur Versammlungstätigkeit ist zu bemerken, daß 1651 Mitglieder 251 öffentliche, 2192 Werkstattsversammlungen und 1284 Vorstand- und Vertrauensmännerführungen stattfanden. Insgesamt wurden im Bezirk rund 892 000 Flugblätter verteilt und zur Eindämmung der Fluktuation besondere Maßnahmen getroffen. Der Durchführung der Anregungen agitatorischer Art ist nicht überall die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet worden.

Die Mitgliederbewegung zeigte zum ersten Male seit der Zusammenlegung des Bezirkes in seinem jetzigen Umfang einen kleinen Rückgang. Der zweite Bezirk hatte einen Zuwachs an Mitgliedern 1910: 3456, 1911: 3335, 1912: 1049, das Jahr 1913 dagegen schloß mit einem Verlust von 591 Kollegen ab. Besonders stark ist der Wanderverlust. Der Zahl von 657 zugerechneten Mitgliedern steht ein Abgang an Abgereisten von 1289 gegenüber. Im Gegensatz zur Mitgliederbewegung zeigt die innere Entwicklung Fortschritte auf manchen Gebieten. Trotz der verminderten Mitgliederzahl wurden im Jahre 1913 doch 35 814 Beitragsmarken mehr verkauft als im Jahre 1912. Die durchschnittliche Beitragsleistung stieg von 44,25 Mark pro Mitglied in 1912 auf 45,38 Mark pro Mitglied in 1913. Den Entwicklungsgang in den letzten vier Jahren illustrieren folgende Zahlen:

Jahr.	Zahl der verkauften Beitragsmarken.	Einnahmen aus dem Markenverkauf.	An die Hauptkasse abgeliefert.
1910	317 391	188 026,75 „	109 756,20 „
1911	502 246	267 126,05 „	159 473,01 „
1912	576 782	317 584,90 „	179 999,41 „
1913	609 910	360 338,45 „	218 084,35 „

Die Jugendbeitragsklasse hatte am Schluß des Berichtsjahres 1641 Mitglieder, es wurden 76 702 Jugendbeitragsmarken abgesetzt. In der Verwaltungsstellen Köln, Düsseldorf und Krefeld zahlen die Jugendlichen Lokalausläge. Von der Jugendklasse zur Vollmitgliedschaft konnten im Jahre 1913 336 Mitglieder überführt werden. An Unterstützungen gelangten 108 407,61 Mark zur Auszahlung.



Die Bezirkskasse hatte eine Einnahme von 55 509,64 Mark, eine Ausgabe von 52 160,79 Mark, so daß ein Bestand von 3348,85 Mark verblieb.

Kollege Schmitz bezichtigte das Ergebnis des Jahres 1913 als nicht befriedigend, aber auch keineswegs als entmutigend. Seine Feststellung, daß das erste Vierteljahr 1914 einen Mitgliederzuwachs gebracht habe, löste lebhaften Beifall aus.

Anschließend an den Geschäftsbericht referierte Kollege Blum - Mühlheim über „Die gewerkschaftliche Agitation unter besonderer Berücksichtigung der Agitationsprogras bei ungünstiger Konjunktur“. Den instruktiven Darlegungen der agitatorischen Praxis wurde reiche Zustimmung zuteil.

An der den Ausführungen beider Redner sich anschließenden Generalkonfession beteiligten sich Vertreter aller Verwaltungsstellen. Von mehreren Seiten wurden Wünsche geäußert, die auf die Abhaltung von Branchenkongressen hingen.

Allgemein wurde von den Vorständen und Vertrauensmännern aller Ortsgruppen und Sektionen erhöhtes Verantwortungsgefühl für den Verband und seine Entwicklung gefordert.

Auf Antrag der Revisoren wurde dem Bezirksleiter für seine Kassensführung Entlastung erteilt und durch Zuzug in den Bezirksvorstand wiedergewählt die Kollegen Wiegand - Nachen, Mandt - Düsseldorf, Schmitz - Wald, Marg - Köln - Ehrenfeld und Spannring - Mülheim.

Den Abschluß der Tagung bildete ein zweistündiger Vortrag unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Wieber. Redner kennzeichnete in scharfen Zügen die Situation, in der sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig befindet. Den Bestrebungen der Reaktionäre und Scharfmacher, die auf eine vollständige Verkümmern der Arbeiterrechte hinausliefen, gaben der Arbeiterschaft Veranlassung zu größter Aufmerksamkeit, Opferwilligkeit und Widerstandskraft. Es gelte, in der Arbeiterschaft die alte Begeisterung und Latenz für die christliche Organisationsidee zu wecken und zu stärken.

Redner beleuchtete sodann die Ergebnisse der allgemeinen Hausagitation in diesem Frühjahr und spornete zu unablässiger Tätigkeit auf diesem Gebiete an. Den großangelegten, begeisterten Ausführungen des Verbandsvorsitzenden folgten die Teilnehmer mit gespannter Aufmerksamkeit und zollten ihnen lebhaften Beifall.

Mit einem jubelnd aufgenommenen Hoch auf den Christlichen Metallarbeiterverband gelangte die Konferenz nach achtstündiger Dauer zum Abschluß.

Kollegen im zweiten Bezirk! Mit unerbittlicher Klarheit hat die Bezirkskonferenz allgemeine Richtlinien und Anregungen für die fernere Arbeit aufgestellt und in nicht minder klarer Weise jedem einzelnen Verwaltungsbezirk die nach Lage seiner Verhältnisse ihm zuzuwiesenden besonderen Aufgaben in den Vordergrund gestellt.

Kollegen! Beherzigt den Appell an das Pflichtbewußtsein und Verantwortungsgefühl! An die Arbeit mit Energie und Ausdauer!

### Allgemeine Rundschau Nun erst recht Sozialreform

Die große Rundgebung, welche die Gesellschaft für Soziale Reform am 9. und 10. Mai d. J. in Berlin veranstaltet, hat weitgehendste Beachtung gefunden. Zu der öffentlichen Versammlung am 10. Mai waren mehr denn 4000 Frauen und Männer dem Rufe der Gesellschaft gefolgt. Der hervorsteckendste Punkt in den Samstagabendveranstaltungen war das Referat Prof. Reffers über das Koalitionsrecht. Nicht minder bedeutungsvoll ist die Rede Prof. Frankes auf der öffentlichen Versammlung zu Gunsten der Weiterführung der Sozialreform. Abgesprochen von Prof. Dellbrück, der hinsichtlich des Koalitionsrechtes eine abweichende Meinung vertritt und für die Selben eine lange brach, herrscht volle Einmütigkeit. Dem Herrn Prof. Dellbrück hält nun der Vormärts (129, 1914) in ziemlich hohem Maße vor, daß seine Rede sich genau in den Gedankengängen bewege, die der geistige Leiter der gelben Werkvereine bei Siemens und Halske im Heft 3 (1910) der Preussischen Jahrbücher niedergelegt habe. Uns ist nicht bekannt geworden, daß Prof. Dellbrück Bewahrung dagegen eingelegt hat. Das genügt zur Illustrierung der Güte seines Standpunktes.

Wie zu erwarten war, sind die Scharfmacherorgane sehr erbozt über die Rundgebung. Die Rh. Westf. Zeitung schimpfte die Gesellschaft für Soziale Reform eine Gesellschaft für „Soziale Phantasereien“. In den Mitteilungen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zieht deren Syndikus Dr. Lenzler recht kräftig vom Leder. Und an anderer Stelle im gleichen Blatte reißt Dr. v. Stojentin in einem sehr langen Artikel eine heftige Attacke gegen die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, deren deutsche Sektion eben die Gesellschaft für Soziale Reform ist. In der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ spuckt deren Chefredakteur Freiherr v. Reismith Gift und Galle gegen die Sozialreformer.

Man sieht, die Rundgebung hat ihren Zweck erfüllt, denn sie ist den Scharfmachern äußerst unbequem. Von Besorgnis erfüllt schreibt das Organ der Montanindustrie, die Rh.-Westf. Ztg., (Nr. 365, 1914):

„Die Sozialreformer haben Ansehen und Autorität; keine Gesellschaft erhebt sich in der Öffentlichkeit solcher Geltung, wie die Vereinigung der Freunde und Anhänger des ehemaligen Sozialministers Wilhelm des Zweiten, des Freiherrn von Berlepsch, der in der vielbewegten Zeit der Vier Jahre den sozialpolitischen Wunsch des Kaisers zum Leben gerufen hat.“ Sowohl, sie hat Ansehen und Einfluß die Gesellschaft für Soziale Reform. Ihre energische Stellungnahme für die Fortführung der Sozialreform und gegen die Koalitionsrechtsveränderung war eine mannhafte Tat, die allen Reaktionen noch lange in den Ohren klingen wird.

### Der Jungdeutscherbund

Am 21. bis 24. Mai in Stuttgart seine Generalversammlung ab. Neben sportlichen und ähnlichen Vorbeispielen der Jungdeutscherbundler werden in geschlossenen und öffentlichen Versammlungen Bundesangelegenheiten besprochen und Vorträge gehalten. Die Vorträge werden durchweg von Rednern mit klarem und gutem Klang gehalten. Erwähnt wird der Reigen derselben durch den Generalsekretär des Bundes, der das Wesen und Wirken des Jungdeutscherbundes schildert. Der König von Württemberg wird die Tagung ebenfalls besuchen und die Teilnehmer als Protektoren der Veranstaltung begrüßen.

Bekanntlich haben sich auf der vorjährigen Hauptversammlung des Jungdeutscherbundes in Berlin verschiedene

Freunde der gelben Arbeiterbewegung, u. a. der Magdeburger Polizeipräsident von Alten, General von Bissing-Berlin usw. für eine Förderung der gelben Jugendbewegung und für engeren Anschluß des Jungdeutscherbundes an die Arbeitsnachweise der Gelben ausgesprochen. Inzwischen ist vielfach in diesem Sinne gearbeitet worden. Außerlich kommt das besonders in den Organen des Jungdeutscherbundes und des gelben Jugendbundes zum Ausdruck, die inhaltlich vollständig übereinstimmen. Außerdem ist letzterer dem Jungdeutscherbunde angeschlossen. Man kann gespannt sein, ob man in Stuttgart über diese Dinge schweigen wird, oder ob man noch offensichtlicher für die Förderung der Gelben eintritt. Im Interesse einer endgültigen Klärung der Stellung des behördlich unterstützten Bundes im Organisationsleben Deutschlands wäre das Letztere jedenfalls das Bessere.

Eine Versammlung, die am 16. ds. Mts. in Essen anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Unsere Jugend“ stattgefunden hat, dürfte den führenden Persönlichkeiten im Jungdeutscherbund gezeigt haben, wie notwendig die Einheit und Geschlossenheit der nichtsozialdemokratischen Jugendbewegung ist. Den Herren Generälen und sonstigen Offizieren wird es höchst sonderlich zu Mutte gewesen sein, als ein erheblicher Teil der Versammlung nach den Ausführungen des Generalsekretärs schalls von der Goltz nicht die Nationalhymne, sondern... die Marschlied anstimmte. Um erfolgreich gegen die Flut der sozialdemokratischen Agitation ankämpfen zu können, bedarf auch der Jungdeutscherbund charaktervolle, rickgratfester Elemente, die aber durch Protegierung der Gelben nur aus dem Bunde herausgeekelt werden würden. So wenig, wie man nach den eigenen Ausführungen von der Goltz mit „Kinkerlitzchen“ und Soldatenpielerie die Jugend erziehen kann, so wenig wird man auch nachhaltige Erfolge vor allem bei der Arbeiterjugend erzielen, wenn man sie den Gelben zu überantworten versucht. Hoffentlich kommt auch der Jungdeutscherbund noch zu dieser Einsicht.

### Gewerkschaften als politische Vereine

In letzter Zeit sind eine Anzahl Ortsvereine und Zentralverbände der „freien“ Gewerkschaften von preussischen Polizeibehörden als politische Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes erklärt worden. Es liegt auch schon ein Gerichtsurteil aus Bochum vor, das diese polizeiliche Verfügung sanktioniert hat. Wie die Angelegenheit schließlich von den höchsten Instanzen entschieden wird, muß abgewartet werden. Nun ist in den öffentlichen Erörterungen schon mehrfach hervorgehoben worden, wenn die Polizei konsequent vorgehen wolle, dann müßten auch die christlichen Gewerkschaften ebenso wie die „freien“ als politische Vereine erklärt werden. Die christlichen Gewerkschaften suchen ebenso auf öffentliche Angelegenheiten, soziale Gesetzgebung usw., einzuwirken, wie auch die sozialistischen Organisationen. Dementsprechend müßten auch beide Richtungen gleich behandelt werden.

Das ist eine völlige Verkennung oder Verschiebung des Sachverhalts. Wegen ihrer sozialpolitischen Wirksamkeit können und dürfen gewerkschaftliche Organisationen nicht zu politischen Vereinen gestempelt werden. Die Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten und die Beeinflussung der Sozialgesetzgebung ist kein Merkmal des politischen Charakters einer Organisation. Auf diese Betätigung können die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen unter keinen Umständen verzichtet, wenn sie ihrer Zwecksetzung gerecht werden wollen. Sollten die Gewerkschaften aus diesem Grunde zu politischen Vereinen gestempelt werden, so würde die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossenen Widerstand entgegensetzen. In Konsequenz einer solchen Entscheidung müßten denn auch alle wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer, Beamten, Angestellten, Kaufleute, Landwirte usw. für politisch erklärt werden.

Wegen ihrer sozialpolitischen Betätigung sind die „freien“ Gewerkschaften auch nicht als politische Vereine dem Vereinsgesetz unterstellt worden. Bei ihnen liegt die Schöpfung wesentlich anders. Sie haben durch ihr vollständiges Aufgehen in der politischen Sozialdemokratie die gegenwärtige Situation selbst verschuldet. Sie haben sich selbst ganz öffentlich als Vorhut und Kerntruppen der Sozialdemokratie bezeichnet und praktisch betätigt. „Partei und Gewerkschaften sind eins!“ Dieses auf den „freien“ Gewerkschaftskongressen verkündete Dogma kennzeichnet die wirkliche Situation.

Die hier geschilderten Vorgänge der letzten Zeit sind ein erneuter Beweis dafür, wie verhängnisvoll für die Gewerkschaften die Verquickung mit parteipolitischen Tendenzen ist. Die „freien“ Gewerkschaften tragen durch ihre Verdrößerung mit der Umzugspartei die Schuld daran, daß die Gewerkschaftsbewegung fortwährend beunruhigt wird; sie liefern den Gegnern der selbständigen Gewerkschaftsbewegung farlaufend Material, mit dem der Kampf gegen die Bewegungsfreiheit der Berufsorganisationen geführt wird.

### Sozialdemokraten als Streikbrecher

Auf dem Steinkohlenbergwerk Hostenbach (Saarrevier) stehen die christlich organisierten Bergarbeiter seit Wochen im Streik. Die sozialdemokratische Presse hat sich in letzter Zeit sehr bemüht, allerdings ohne Erfolg, den Nachweis zu erbringen, daß auf Grube Hostenbach christlich organisierte Arbeiter Arbeitswilligendienste verrichteten. Der Eifer, mit dem sich die Genossen dieser Aufgabe widmeten, war schon verdächtig, und mancher kam zu der Ueberzeugung, daß die Genossen Streikbrecher im Betriebe hätten. Wie der „Bergknappe“ Nr. 20, 1914 berichtet, hat der 1. Mai nun vollständig Klarheit in dieser Angelegenheit gebracht.

Am 1. Mai zogen nämlich schon zeitig „Arbeitswillige“, geschmückt mit dem roten Abzeichen, aus dem Schloßhaus, um den Weltfeiertag festlich zu begehen und sich an diesem einen Tage meißtens mit den jähren kämpfenden christlichen Brüdern solidarisch zu erklären. Die christlichen Arbeiter haben selbstredend eine herzliche Brüderlichkeit entgegen abgelehnt. Wenn es auch bezweigt wird, so können doch die Sozialdemokraten jetzt nicht mehr behaupten, daß sich unter den „Arbeitswilligen“ eine Anzahl wackeliger Genossen befindet. Dieses geht übrigens auch daraus hervor, daß in Hostenbach vergebens „Arbeitswillige“ demokratisch ihr Mitgliederbuch des alten Bundes vorzeigten, mit dem Bemerkung, sie seien extra nach Hostenbach gekommen, um sich an den „Christlichen“ zu rächen wegen der Haltung des Gewerkschaftsleiters im Frühjahr 1912 im Ruhrgebiet. Außerdem wird aus dem Mitgliederbuch des Ruhrgebietes bestimmt verifiziert, daß sich dort wackelige Genossen für Hostenbach hätten anwerben lassen. Wir sehen also, daß sozialdemokratischer Haß selbst vor dem direkten Berrat streikender Arbeiter nicht zurückweicht. Sekundär hatte auch schon zu Anfang des Streikes die rote Presse durch ihre Behauptung der Angelegenheit der Bergarbeiter von Hostenbach den

Rücken gesteuert bzw. die Verwaltung in ihrem ablehnenden Verhalten bestärkt.

### Streiks und Lohnbewegungen

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

- Breslau. Auf der Waggonfabrik Linke-Hoffmann stehen die Arbeiter im Streik.
- Dortmund. Die Drahtzieher des Eisen- und Stahlwerks Hösch stehen in Kündigung.
- Freiburg i. Br. Die Blechener stehen im Streik.
- Halle. Bei der Firma Ackermann stehen die Former wegen Akkordabzügen im Streik.
- Köln. Die Bauklempner stehen im Streik.
- Krefeld. Bei sämtlichen Firmen der Vereinigung Krefelder Elektro-Installationsfirmen stehen die Monteure und Hilfsmonteure wegen Tarifbruch der Arbeitgeber im Streik. — Die Dreher der Rhein. Elektromaschinenfabrik stehen in Kündigung.
- München. Die Arbeiter der Karrosserie- und Luxuswagenfabriken stehen im Streik.
- Sofingen. Die Waffenarbeiter sind ausgesperrt.
- Wiesbaden. Die Arbeiter der Firma Anton Hamm stehen im Streik.

Zuzug ist fernzuhalten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 24. Mai der zweihundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 24.—31. Mai fällig.

### Aus dem Verbandsgebiet

Dipe. (Walzwerksarbeiterkonferenz im Sauerland.) Eifernoht, in dem idyllischen Tale der Lisse im Herzen des Kreises Dipe gelegen, war am Sonntag, den 26. April, der Sammelplatz einer imposanten Menge von Arbeitern der Blechwalzwerke des Sauerlandes. Galt es hoch, zum ersten Male die Kollegen der 14 Blechwalzwerke des Kreises Dipe zu einer einheitlichen Veranstaltung und Rundgebung zusammenzuführen und der Gründung einer Branchensektion der Walzwerksarbeiter näher zu treten. Der geräumige Müllerische Saal war bis zum letzten Platz gefüllt, so daß viele Teilnehmer mit einem Stehplätzchen vorlieb nehmen mußten.

Bezirksleiter Kollege Schmitz-Köln konnte in seinen einleitenden Darlegungen feststellen, daß Kollegen aller in Betracht kommenden Werke vertreten seien und bezeichnete den Massenbesuch der Konferenz als ein gutes Omen für die fernere Wirksamkeit der Blechwalzwerksarbeiter. Zweck der Tagung sei, Aufklärung zu schaffen über den Stand und die Stellung der heimischen Industrie, Verständnis zu wecken für die Bedürfnisse der Industrie und die Voraussetzungen für eine Aufbesserung der Lebenslage der Berufskollegen zu schaffen.

Reichstagsabgeordneter, Verbandskollege Becker-Arnberg verbreitete sich sodann in zweistündigem Vortrage über „Die Stellung der reinen Werke, der weiterverarbeitenden Industrie in unserem Erwerbsleben“. Redner wies darauf hin, daß die Arbeiterschaft sich in ihrem ureigensten Interesse mit den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen und einer vernünftigen Gewerbspolitik zu befassen habe und daß auf diesen Gebieten sehr viele Interessengemeinschaften zwischen Arbeitgeber und Arbeiter vorhanden seien. Sodann beleuchtete der Referent die Bedeutung der weiterverarbeitenden Industrie in unserer Volkswirtschaft und schilderte die Lage der reinen Werke als kritisch. Die Preise, die der Stahlwerksverband den reinen Werken für Platinen und Knüppel zur Blechfabrikation aufdränge, stünden in keinem Verhältnis zu den Verkaufspreisen der reinen Werke. Nach eingehender Erörterung der Ursachen der Kollage der reinen Werke beantwortete Redner die Frage, wie Abhilfe zu schaffen ist. Derselbe empfiehlt u. a. die Einführung von Einfuhrscheiden sowie Schaffung eines Kartellgesetzes. Kollege Becker hob sodann die natürlichen Interessengegenstände zwischen Kapital und Arbeit hervor und empfahl der Arbeiterschaft dringend den Anschluß an den Christlichen Metallarbeiterverband. Dem dieser habe sich immer der Hütten- und Walzwerksarbeiter angenommen, und seiner Initiative sei es zu danken, wenn wir im Hüttenarbeiterchutz kleine Fortschritte zu verzeichnen hätten.

Kollege Schmitz referierte über „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Blechwalzwerken“. An der Hand statistischer Feststellungen konnte er die Ungleichheit in den Akkordverhältnissen, die mangelnde Durchführung der Bundesratsverordnung für die Schwereisenindustrie, ungenügende Ventilation, Wasch-, Ankleide- und Speiseräume feststellen. Die Bundesratsverordnung für die Schwereisenindustrie habe sich in den markantesten Fragen des Arbeitsverhältnisses der Hütten- und Walzwerksarbeiter als völlig unzureichend erwiesen. Mit größtem Nachdruck müssen die Arbeiter erhöhten gesetzlichen Arbeiterschutz für die Grobisenindustrie fordern.

Arbeiterausschüsse seien nur auf 2 Werken eingeführt. Redner befürwortete die Bildung einer Branchensektion der Arbeiter der Blechwalzwerke, an deren Spitze eine, aus den Belegschaften aller Werke zu bildende Branchenkommission zu setzen sei. Den Ausführungen der Redner wurde lebhafter Beifall gezollt und folgende Resolution zum Beschluß erhoben:

### Resolution:

Die am 26. April 1914 in Eifernoht tagende, sehr stark besuchte Konferenz der Arbeiter der Blechwalzwerke des Sauerlandes richtet an die Arbeiter genannter Werke des Sauer- und Siegerlandes die dringende Aufforderung, alle Maßnahmen zu treffen, die auf eine Gesundung der industriellen Verhältnisse und auf eine Aufbesserung und möglichst einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und des Arbeiterschutzes hinarbeiten.

In Erkenntnis der Tatsache, daß gesunde und gewinnbringende industrielle Wirksamkeit mit zu den ersten Voraussetzungen zur Hebung der Lebenslage der Arbeiter gehört, erklärten sich die Versammelten mit den Ausführungen des



Referenten, Herrn Reichstagsabgeordneten Becker-Urnberg, nach denen die Lage der reinen Werke, insbesondere die der Walzwerke des Sauer- und Siegerlandes, intensiver geforderte Förderung bei den zukünftigen handelspolitischen Maßnahmen notwendig macht, vollkommen einverstanden.

Die Versammelten erklären ferner, zur Vertretung ihrer Interessen im Lohn- und Arbeitsvertrag eine stärkere Fühlungnahme zwischen den Belegschaften der einzelnen Werke für erforderlich und beauftragen daher den Christlichen Metallarbeiterverband, baldigst die Bildung einer Branchenkommission — die aus den Belegschaften aller Werke zusammenzusehen ist — in die Wege zu leiten.

Zur wirksamen Unterstützung der der Branchensektion der Walzwerksarbeiter zugewiesenen Aufgaben, fordert die Konferenz alle Berufskollegen zu eifriger Stärkung des Christlichen Metallarbeiterverbandes auf.

Kollegen des Sauer- und Siegerlandes! Die Konferenz hat euch behebende, eure Interessen fördernde Aufgaben gestellt. Nunmehr gilt es den Anregungen die Tat folgen zu lassen. Den Versammlungen der einzelnen Belegschaften ist jetzt größte Aufmerksamkeit zu widmen, in die Branchenkommission sind die intelligentesten und tüchtigsten Kollegen zu wählen. Der Grundstein ist jetzt gelegt, Richtlinien angegeben, Ziele geklärt, daher an die Arbeit mit Energie und Ausdauer.

**Görlitz.** Das hiesige christliche Gewerkschaftskartell veranlasste am 8. Mai eine öffentliche Volksversammlung, welche gut besucht war. Als Referent war unser Bezirksleiter Kollege Gierg-Chemnitz erschienen, der über das Thema: „Die Bedeutung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung im sozialen und wirtschaftlichen Leben“ sprach.

Redner entwarf zunächst ein Bild der Entwicklung des Handwerks und sprach dann über die große Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiete, die zu Beginn des vorigen Jahrhunderts eintrat und die einen neuen Stand schuf, den nach Millionen zählenden Arbeiterstand. Durch die Not der Zeit und den Druck des Kapitalismus gezwungen, schlossen sich die Arbeiter zu mächtigen Organisationen zusammen, um vereint ihre großen Ziele zu erreichen, was einzeln nicht möglich war.

Unsere christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung ist aus den schwierigsten Verhältnissen zu einem mächtigen Hort deutscher Arbeiter geworden und hat dem Anstürmen feindlicher Verbände erfolgreich Widerstand geboten. Wie notwendig der Zusammenschluß der Arbeiter zur Verteidigung ihrer Rechte war, beweisen die vielen antigewerkschaftlichen und arbeiterfeindlichen Strömungen, die ihren höchsten Ausdruck im „Partei der schaffenden Stände“ gefunden haben. Großindustrielle, Handel, Mittelstand und der Bund der Landwirte haben sich in Leipzig das berühmte Stellbilden, dem die Großindustrielle als Siegel ausgeprägte Scharfmachtentendenzen aufdrückte. Diese vereinigten „schaffenden Stände“ laufen Sturm gegen die Fortführung der Sozialpolitik, gegen Koalitionsrecht und Streikpostenlehen und wollen die Regierung mobil machen gegen Arbeiterrechte und Gewerkschaften. Als „gutes Erfahrmittel“ für Gewerkschaften werden von den Unternehmern in der Manier des billigen Jakob gelbe Werkvereine „empfohlen“, d. h. die Arbeiter werden gezwungen, den kirchlich-friedlichen Vereinen beizutreten. Aber dieser Terrorismus und diese arbeiterfeindlichen Bestrebungen der Scharfmächter entflammen die Gewerkschaften nur zu größerer Gegenwehr. Was die Gewerkschaften leisten für die Arbeiter haben sie oft glänzend bewiesen. Die starke Rückendeckung bei Streiks, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, bei Maßregelung usw. waren den Arbeitern die beste Hilfe. Tausenden haben die Gewerkschaften geholfen, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Nur die christlich-nationalen Gewerkschaften können den Arbeiterstand wahrhaft schützen und fördern.

In der Diskussion sprach Kollege Scheffel von der deutschen Volksvereinsbewegung und nahm scharfe Stellung gegen das „Partei der schaffenden Stände“ und empfahl als bestes Mittel gegen diese Vereinnahmung die stete Agitation für die christlichen Gewerkschaften. Es sprach auch ein Arbeitersekretär vom Sitz Berlin, der nach „bewährter Methode“ seine abweichende Meinung vom Streik bezog.

Im Schlußwort rechnete Kollege Gierg gründlich mit dem Berliner Arbeitersekretär ab und rief ihm das sonderbare Verhalten seiner Verbandskollegen auf dem III. deutschen Arbeiterkongress gehörig unter die Nase. Alle Kollegen aber forderte der Referent auf, mit vereinten Kräften die christlichen Gewerkschaften zu werben und jederzeit für sie einzutreten. Kollegen von Görlitz. Auf zur Arbeit!

**Nus-Saß-Lothringen.** Wie bereits in Nr. 16 berichtet wurde, haben sich in den letzten Monaten die Arbeiter der Firma de Dietrich in größerer Zahl dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen. Die Werke der Firma befinden sich in Reichshofen, Merzweiler, Niederbromm, Mutterhausen und Zinsweiler. Um die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten und ihnen das Koalitionsrecht zu nehmen, griff die Werksleitung zu Entlassungen.

Am Elsaß-Lothringischen Landtag wurde der koalitionsfeindliche Standpunkt des Werkes — welches sehr viele Staatsaufträge erhält — zur Sprache gebracht. Die Regierung versprach eine Untersuchung, inzwischen erfolgten keine weiteren Entlassungen. Neuerdings erfolgten doch wieder Entlassungen. Aus diesem Grunde beschäftigte sich „Der Elsaßer“ mit diesen Vorkommnissen. Die trefflichen Ausführungen seien hier wiedergegeben.

„Die Firma de Dietrich, Waggonfabrik in Reichshofen, hat bekanntlich eine Anzahl Arbeiter entlassen, weil sie von ihrem gesetzlichen Rechte Gebrauch machten und sich einer Gewerkschaftsorganisation angeschlossen haben. In einer Eingabe der christlichen Gewerkschaften wurde die Elsaß-Lothringische Regierung, wie auch die Verwaltung der Reichseisenbahnen auf diese Vorkommnisse aufmerksam gemacht. Gleichzeitig brachte der Abgeordnete Collet im Landtag eine Anfrage an die Regierung ein, was sie angesichts dieser Vorkommnisse zu tun gedenke, um zu verhüten, daß Arbeiter wegen Ausübung ihres ihnen gesetzlich zustehenden Koalitionsrechts wirtschaftlich geschädigt werden. Herr Ministerialdirektor Cronau erwiderte, daß die Regierung eine Prüfung dieser Angelegenheit vornehmen werde. Es ist dies auch seitens der Regierung in bankenswerter Weise geschehen. Die Firma de Dietrich beharrt indes auf ihrem Standpunkt, und will die wirtschaftliche Schädigung, die sie Arbeitern wegen Ausübung eines gesetzlichen Rechtes zugefügt hat, nicht mehr gut machen. Diese Haltung der Firma ist tief zu bedauern. Wir meinen, so große kapitalkräftige Firmen sollten ihre Uebermacht Arbeitern gegenüber doch nicht so fühlen lassen, wie es die Firma de Dietrich macht, etwas weniger kleinlich, und dafür vornehmer gegen Arbeiter zu sein, wäre mehr. Nachdem die Firma indes die entlassenen Arbeiter nicht mehr einstellt,

muß sie gewärtigen, daß diese Sache seitens der organisierten Arbeiterschaft weitergeführt wird.

Der Herr Baron de Dietrich erklärte dem Vertreter der Regierung, daß die Arbeiter in den Versammlungen gegen die Firma aufgebracht worden seien. Es sei unter anderem gesagt worden, daß Baron de Dietrich seinen Arbeitern nur bescheidenen Baudarlehen gebe, um sie an sein Werk fesseln zu können. Da Baron de Dietrich selbst nicht in diesen fraglichen Versammlungen gewesen ist, so kann ihm diese Mitteilung nur von dritter Seite gemacht worden sein. Wir sind nun in der Lage zu erklären, daß Herr Baron de Dietrich einem groben Schwindel zum Opfer gefallen ist. Nur gewisse Ehrenmänner konnten dem Herrn Baron solche Mitteilungen machen. Sollte Baron de Dietrich die Namen derjenigen nennen, die ihm solche Mitteilungen gemacht haben, würde gegen diese sofort der Klageweg beschritten. Im Interesse der Wahrheit und der Gerechtigkeit sollte Herr Baron de Dietrich die Namen dieser Herren nun nennen, damit sie kalt gestellt und kein weiteres Unheil mehr anrichten können. Geschlecht dies nicht, nun, dann kann sich die Öffentlichkeit das Urteil über die Vorkommnisse in Reichshofen selber bilden.

Die Firma erklärt auch, daß Entlassungen notwendig geworden seien, weil wenig Aufträge vorhanden seien. Merkwürdig, daß immer dann wenig Aufträge vorhanden sind, wenn die Arbeiter von gesetzlichen Rechten Gebrauch machen wollen. Daß die Behauptung der Firma, sie hätte wenig Aufträge und habe daher Arbeiter entlassen, nur eine Verlegenheitsausrede ist, um ihren Verstoß gegen die gesetzlichen Rechte der Arbeiter zu beschönigen, geht daraus hervor, daß für die entlassenen Laskierer bereits wieder ein neuer Arbeiter eingestellt worden ist. Daß die Firma sogar einem Regierungsvertreter eine solche Antwort zu geben mag, mißt kein gutes Licht auf sie. Wir meinen, eine Millionenfirma, die ihre meisten Aufträge dem Staate verdankt, sollte doch die Gesetze desselben Staates mehr achten, als die Firma de Dietrich es macht. Nun kommt aber noch hinzu, daß die Firma eine größere Anzahl galizische Arbeiter beschäftigt, von denen sie trotz „Arbeitsmangel“ keinen entlassen hat. Diese Tatsache muß einfach empörend wirken. Deutsche Arbeiter, die dem Staate ihre Steuern zahlen, und ihrer Militärpflicht genügen, werden von einer Firma entlassen, damit sie ihre ausländischen Arbeiter ungehindert beschäftigen kann, und dabei reflektiert diese Firma auch noch für die Zukunft auf Staatsaufträge! Diese unglaubliche Haltung der Firma de Dietrich dürfte ihren Grund wohl darin haben, daß sie bestimmt darauf rechnet, daß die Regierung ruhig zusieht, wie deutsche Arbeiter zugunsten ausländischer Arbeiter benachteiligt werden.

Als im bayerischen Landtage einmal die Frage des Koalitionsrechtes der Arbeiter besprochen wurde, erklärte der Verkehrsminister v. Frauendorfer: Ich trete dafür ein, daß bei Firmen, mit denen wir in geschäftlichen Verbindungen stehen, keine schweren Verletzungen des Koalitionsrechtes vorkommen. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, wiederhole ich, daß ich bereit bin, jeden gangbaren Weg zu betreten, der dazu führt, schwere Verletzungen des Koalitionsrechtes der Angestellten und Arbeiter in den Privatbetrieben hintanzuhalten. Selbst der bayerische Kriegsminister hat im Finanzausschuß erklärt, „für den Schutz des Koalitionsrechtes der Arbeiter derjenigen Betriebe, mit denen die Militärverwaltung direkt oder auch nur indirekt in geschäftlicher Verbindung steht, weitgehende Maßnahmen zu treffen“.

Eine solch energische Antwort wäre auch hier am Platze. Spricht die Regierung bezw. die Verwaltung der Reichseisenbahnen ein Nachwort, indem sie sagt: „Nur solche Firmen können Staatsaufträge erhalten, die die vom Reiche geschaffenen Gesetze vollständig respektieren, vor allem niemanden schädigen, wenn er gesetzliche Rechte ausüben will“, dann würden sich Dinge, wie sie sich jetzt in Reichshofen abspielen, nicht mehr ereignen. Jedenfalls würde das Vertrauen der Arbeiter zur Regierung gewinnen, wenn sie sehen, daß auch die Elsaß-Lothringische Regierung Wert darauf legt, daß die den Arbeitern schützenden Gesetze ebenso geachtet werden, wie sie es bei den zum Schutze der Besitzenden erlassenen Gesetze bisher noch immer getan hat. Tut sie es nicht, dann können die Sozialdemokraten mit der bereits beginnenden Hege gegen Regierung und Beamte fortfahren.

Vor einigen Tagen gab ein Vertreter der christlich organisierten Arbeiterschaft in einer öffentlichen Versammlung der Hoffnung Ausdruck, daß seitens der Regierung alles geschehen werde, um dem Arbeiter sein gesetzliches Recht zu wahren, und daß es vielleicht möglich sein werde, durch Vermittlung der Regierung die entlassenen Arbeiter wieder in Arbeit zu bringen. Dem trat ein Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaften aus Straßburg entgegen, indem er höhlich meinte: „Jetzt ist der Landtag geschlossen und da arbeiten die Beamten nicht zu viel. Bei den schönen Tagen sind die alle ins Bad gegangen.“ Dieser Pauschalverächtigung wurde schon in der Versammlung entgegengetreten, worauf der „Genosse“ St. antwortete: „Und wenn Sie bis September warten, bekommen Sie keine Antwort.“ Die letztere Prophezeiung ist ja jetzt schon, dank der verfruchteten Vermittlung des Kreisdirektors von Hagenu, Lügen gestraft. Nun sollte aber die Regierung bezw. die Reichseisenbahnverwaltung einen Schritt weiter gehen und das machen, was die bayerische Regierung schon vor vielen Jahren noch unter dem Ministerium Crailsheim zu tun versprach, wenn den Arbeitern von solchen Firmen, das Koalitionsrecht genommen wird, die auf Staatsaufträge rechnet. Tut die Regierung das nicht, dann können die Arbeiter nur hoffen, daß sich sowohl im Landtage wie im Reichstage Männer finden, die für strikte Beachtung der dem Arbeiter gegebenen gesetzlichen Rechte eintreten.

Als in Grafenstaden einer Firma wegen des Verhaltens eines reichen Fabrikdirektors Staatsaufträge entzogen werden sollten, läumte sich die Öffentlichkeit machtvoll auf. Jetzt werden Elsaß-Lothringische Arbeiter verdienstlos gemacht, damit die Ausländer um so reichlicher Beschäftigung finden, und nun fragt es sich, was geschieht jetzt zum Schutze der Arbeiter? In Grafenstaden handelte es sich um einen reichen Fabrikdirektor, in Reichshofen handelt es sich um arme Arbeiter! Die Firma de Dietrich mag verächtlich sein, daß die christlich organisierte Arbeiterschaft ihre Freunde im deutschen Reichstage bitten wird, bei Beratung des Etats für die Reichseisenbahnen das Verhalten der Firma de Dietrich so lange zu geißeln, bis den Arbeitern ihr Recht gegeben wird. Es ist bedauerlich, daß es in Reichshofen so weit kommen mußte. Die Schuld daran tragen jene Ehrenmänner, die der Firma de Dietrich falsche Aussagen hinter brachten. Aber auch die Firma ist nicht ohne Schuld; weil sie den Erklärungen fragwürdiger Leute mehr Glauben beimißt, als den bestimmten gegenteiligen

Erklärungen, die die Organisationsleitungen der christlichen Gewerkschaften durch den Herrn Abgeordneten Collet dem Herrn Baron de Dietrich übergeben ließen.

Die Arbeiterschaft der Firma de Dietrich wird auf dem einmal beschrittenen Wege ausharren. Wie anderwärts, wird auch in Reichshofen die Arbeiterbewegung nicht aufgehalten werden können. Wahrheit und Gerechtigkeit wird auch in Reichshofen den Sieg über die Gewalt und das Denunziantentum davontragen.

Diese mannhaftige Stellungnahme ist nur zu begrüßen. Hoffentlich wird sich die Regierung erinnern, daß auch die Arbeiter ihren Schutz erwarten können. Wir aber richten an die Rheinisch-Westfälische Zeitung in Essen, die sich immer als Vertreterin und Wortführerin der deutsch-böhmischen Interessen ausspielt, die Frage, was sie zu sagen hat zu der Behandlung der deutschen Arbeiter durch die Firma de Dietrich. Es ist unglaublich, aber wahr, daß die Firma de Dietrich ihren streikenden galizischen Arbeitern nach einläufigem Streik die Forderungen bewilligte, dagegen die einheimischen deutschen Arbeiter aufs Pflaster wirft, weil sie vom gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch machen. Alle Wortführer des Deutschtums — natürlich auch die Rhein-Westf. Ztg. müßten dagegen doch, vom böhmischen Standpunkt aus flam-menden Protest erheben.

**Hagen i. W. (Drahtzieher.)** Kann für gezogenen Fehldraht der Drahtzieher verantwortlich und haftbar gemacht werden? Wie den Kollegen erinnerlich war von einem Drahtzieher der Firma Eicken u. Co. Klage am Gewerbegericht in Hagen eingereicht weil die Firma ihm 18 Mark eingehalten hatte wegen des in der betr. Lohnperiode gezogenen schlechten Drahtes. In drei Verhandlungen hatte sich das Gewerbegericht bereits mit der Frage beschäftigt ohne indes zu einem Urteil zu kommen. In der letzten Verhandlung wurde beschlossen, den Lagermeister zu vernehmen und darüber Feststellungen zu machen ob auf dem Lager genaue Aufzeichnungen darüber gemacht würden, wer schlechten Draht mache und weshalb der Draht nicht zu verwenden war. Am 7. Mai fand nun die 4. Verhandlung vor dem Gewerbegericht statt und wies nach eingehender Beratung den Anspruch des Klägers ab. Uns erscheint dieses Urteil nicht ohne weiteres als gerechtfertigt. Nach dem § 33 der Fabrikordnung und den Bestimmungen der Gewerbeordnung kann nur dann der Arbeiter für verborbene Ware haftbar gemacht werden, wenn ein grob fahrlässiges Verschulden vorliegt. Dieses konnte einwandfrei nicht nachgewiesen werden. Der vernommene Meister Erkenkamp mußte während der Verhandlung zugeben, daß er sich selbst auch nicht erklären könne, wie gerade dem Kläger so viel Fehldraht entstanden sei. Weil er aber (d. h. der Kläger) in der Lohnperiode am meisten Schrott gezogen habe, könne nur grobfahrlässiges Verschulden in Frage kommen. Der Meister erklärte: „Wenn Arbeiter zu mir kommen und sich über die schlechte Beschaffenheit des gelieferten Materials beschweren und es entsteht dann Fehldraht so ziehe ich nichts ab.“ Auf den Einwand des Klägers in einer Verhandlung, daß derselbe Meister ihn habe wie einen „Affen“ stehen lassen, wußte der Meister nichts anders zu sagen: „nun ja, das kann vorkommen“. Es war dem Gewerbegericht unverständlich, daß gerade der Kläger so viel Schrott gemacht habe. Dabei mußte die Firma Eicken aber in einer Aufstellung selbst nachweisen, daß von 63 Drahtziehern 30 Mann in einer Lohnperiode Fehldraht gezogen hatten. Der Kläger war allerdings einer von denen, die am meisten Fehldraht gezogen hatten. Indes ist damit doch nicht der Beweis gegeben, daß derselbe nun besonders grob fahrlässig gehandelt hatte. Mußte doch auch schon die Firma zugeben, daß früher anerkannt tüchtige Drahtzieher auch viel Fehldraht gezogen hatten. Leider haben diese aus bestimmten Gründen keine Klage eingereicht. Die Meinung des Meisters, daß der Mann allein schuld habe, war u. E. wenig ausschlaggebend. Denn er hätte früher selbst nur im Tagelohn gearbeitet und weß deshalb auch nicht wie der Drahtzieher arbeiten muß, der in Accord tätig ist. Derselbe Meister mußte sich auch bekehren lassen, daß es noch lange nicht immer am „naß ziehen“ liegt, wenn der Draht scharf gezogen wird. Der Betriebsleiter wollte wissen, daß man schlecht vorgezogenen Draht sofort erkennen könnte während ein Gewerbegerichtsbeisitzer, der 18 Jahre Drahtzieher ist, nachwies, daß das noch lange nicht immer der Fall sei. Wie bemerkt, kam das Gericht trotzdem zu einer Abweisung der Klage. In der Hauptsache wurde als erwiesen angenommen, daß der betr. Drahtzieher außerordentlich fahrlässig gehandelt habe. Leider ist eine Beratung gegen das Urteil nicht möglich, weil das Objekt unter 100 Mark ist. Hoffentlich ziehen die Drahtzieher aus dem Verlauf der Klage die erforderlichen Lehren. Wo schlechtes Material geliefert wird, da gibt es sich sofort zu melden. Hält man dann trotzdem Schadenersatz ab, dann reicht man Klage ein. Den Firmen wird dann auf die Dauer schon zum Bewußtsein gebracht, daß für gelieferte Arbeit, die mü der notwendigen Sorgfalt produziert wurde, auch der Lohn gezahlt werden muß.

**Duisburg-Weiderich.** (Eine Generalabrechnung mit den Gelben.) Abgesehen von dem Eisenbahnverein auf der Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen, kamten wir bis vor kurzem im Duisburger Industriegebiet keine gelben Werkvereine. Das scheint anders werden zu sollen. Der stete Vormarsch und steigende Einfluß der Gewerkschaftsbewegung wird den Unternehmern un bequem. Die Gelben sollen nun den Rettungsanker abgeben. Im verfloffenen Jahre wurde auf der Hütte Phönix in Ruhrort ein Werkverein gegründet. Er scheint sanft einschlämmt zu sein. In den letzten Monaten haben wir von diesem Gebilde nichts gehört.

Dieser Mißerfolg ärgerte die Obergelben; darum unternahmen die gelben „Führer“ Adams und Heß-Essen einen Eroberungszug nach Weiderich. Die Arbeiter der Rheinischen Stahlwerke hatten einen Werkverein besonders nötig. In diesem Betriebe herrscht ein „gemüthliches“ Tempo. Das geht daraus hervor, daß im verfloffenen Jahre von 5008 Arbeitern „nur“ 2883 erkrankt sind. Mit Hilfe der Werksbeamten gelang es den Obergelben, einen Werkverein zu gründen. Statt aber vor die breite Öffentlichkeit zu treten, wurden die Versammlungen hinter verschlossenen Türen abgehalten. Das ist begreiflich. Der „Bundespräsident“ Heß ist ja nach eigenem Geständnis selbst nicht davon überzeugt, daß seine Sache die richtige ist. Um so mehr hatten unsere Kollegen Veranlassung, sich die Gelben genau anzusehen. Als wir mit diesem Herrn eine Aussprache haben wollten, wiesen sie uns aus dem Saale. Wir wollten nun den Gelben „führern“ Gelegenheit geben, vor aller Öffentlichkeit ihre Sache zu vertreten und berieten zu diesem Zweck auf Dienstag, den 12. Mai, in den größten Saal Weiderichs eine Betriebsversammlung der Rheinischen Stahlwerke und der Hütte Phönix ein.

Pünktlich eröffnete Kollege Burgatz die Tagung, begrüßte die mehr als tausend Versammlungsbefugter, setzte die Gründe,



die für die Einberufung der Versammlung maßgebend waren, auseinander und gab bekannt, daß alle Beamten der beiden Werke öffentlich und Herr Heß schriftlich eingeladen seien. Das am 6. Mai an den letzteren gerichtete Schreiben lautete: „Zu der am Dienstag, den 12. Mai, abends 6,30 Uhr, im Lokale des Herrn Miesmahl, Weiderich, Stahlstraße, stattfindenden öffentlichen Versammlung sind Sie hiermit freundlichst eingeladen. Ich sichere Ihnen volle Redefreiheit zu und übernehme die Garantie, daß Sie ungehindert reden können. An demselben Abend haben Sie dann Gelegenheit, Ihre damals gebrauchte Redewendung richtig zu stellen. Ihre führenden Herren Kollegen aus Essen las ich hiermit gleichzeitig ein, und ersuche um freundliche Übermittlung dieser Einladung, da mir die Adressen dieser Herren unbekannt sind.“

Sodann erhielt unser Bezirksleiter Kollege Hirtjes-Essen das Wort zu seinem Vortrage. Redner zeichnete die Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat. Er schilderte die Einführung der kapitalistischen Produktionsweise mit dem Wechsel der Geschäftslage, verbunden für die Arbeiter mit Unselbständigkeit, Arbeitslosigkeit, Existenzunsicherheit und vielfacher Rechtslosigkeit. Schon vor 50 Jahren haben die Arbeiter ein, daß nur der Zusammenschluß in der gewerkschaftlichen Organisation diesen Uebelständen steuern könne. Ehre deshalb den Gründern der ersten Gewerkschaftsorganisation, die oft unter den größten persönlichen Opfern ihre Ziele verwirklichte. Im Ruhrrevier mit seinen Kiesenunternehmungen, setzen die Organisationsbestrebungen erst um die letzte Jahrhundertmende ein. Während manche Industriegegenstände um diese Zeit schon starke Organisationen hatten, kam im Ruhrrevier im Jahre 1900 auf 40 Metallarbeiter nur ein organisierter. Im Laufe der letzten 15 Jahre ist die Zahl der Gewerkschaftler bedeutend gestiegen. Das ist den Unternehmern nicht unbekannt geblieben. Deshalb treffen sie Gegenmaßnahmen verschiedener Art, um den Einfluß der Arbeiterorganisationen zurückzudrängen. Sie schaffen Wohlfahrtsvereine, die goldenen Ketten gleich, die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit hemmen sollen. Es wurden von den Unternehmern Werkswohnungen gebaut, Werksparcassen und Pensionskassen eingeführt, Werksgefängnisse ins Leben gerufen. Trotz dieser Mittel schwoll die Zahl der Organisierten unaufhörlich an. Die Unternehmer gründeten nun gelbe Werksvereine. Diese sollten die Einigkeit der Arbeiter unmöglich machen, ein Spitzel- und Postenjägerium groß ziehen. Kein Opfer ist den Unternehmern zu groß, wenn es gilt, Gelbe zu züchten. Einig sind sich alle standesbewußten Arbeiter in der Verurteilung der Werksvereine. Selbst Großindustrielle, das Reichsgericht, ja Zeitungen, die man nicht als arbeiterfreundlich bezeichnen kann, haben vernichtende Urteile über die Gelben gefällt. Doch auch Werksvereinsmitglieder können nicht von der Luft leben. Da sie Lohnbewegungen und Streiks nicht machen dürfen, erzählen ihnen die Obergelben, daß der Arbeitslohn von selbst in demselben Maße steigt, wie der Unternehmerrgewinn. Folgendes Beispiel zeigt, daß diese Behauptung nicht wahr ist. Bei der Firma Krupp in Essen stieg in den letzten Jahren der Reingewinn um 97 Prozent, die Dividende um 50 Prozent, der Arbeitslohn aber nur um 4,2 Prozent.

Einzelne Vertreter der Wissenschaft gehen in letzter Zeit dazu über und suchen die Arbeiter von dem richtigen Wege abzubringen. Besonders tut sich darin hervor der in gelben Gedankengängen wandelnde Professor Weber-Breslau. Dieser empfiehlt zunächst eine große Steigerung der Produktion, die Eroberung des Weltmarktes und die Ansammlung von großen Kapitalien. Märchenhafte Produktionsziffern und ein riesiger Außenhandel können den Arbeitern wenig nützen, wenn sie auf der anderen Seite schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen haben. Zum Schluß ersuchte der Redner, sich von den Gelben nicht täuschen zu lassen, und nicht zuzugeben, daß aus der Haut der Arbeiter Riemen geschnitten werden — und schloß unter lebhaftem Beifall der Versammlung seine von vielen Zustimmungen unterbrochene einstündige Rede.

Kollege Burgary verlas ein vom Gelben, „führer“ Heß aus Essen eingegangenes Schreiben, das folgenden Wortlaut hatte: „Ihre Einladung für den 12. d. Mts. habe ich erhalten. Da ich nun an dem fraglichen Abend unbedingt auf einem größeren Werk einen Werkverein zu gründen habe, kann ich Ihrer Aufforderung nicht Folge leisten.“ Die Massenversammlung beantwortete die Zeilen des Herrn Heß mit drohendem Gelächter. Als Vertreter des Werkvereins bekam ein Herr Schneider das Wort. Er bestritt, daß Zwang ausgeübt würde, um die Arbeiter gelb zu machen. Er sei früher auch Mitglied einer Gewerkschaft gewesen. Als junger Mann sollte er während eines Streiks vom Streikort abreißen und anderwärts Arbeit annehmen. Weil er aber lieber Unterstützung beziehen als abreißen wollte, deshalb sei er aus dem Verband ausgetreten. Durch viele Eingaben suchten auch die Werkvereine den Arbeitern zu nützen.

Nach diesen Ausführungen entspann sich eine fast zweistündige Diskussion, in der den Gelben nichts geschenkt wurde. Kollege Schröder schilderte die Einführung der Gelben bei Krupp, legte dar, wie man die aufrechten Arbeiter überall zu schädigen suchte und betonte, daß jeder standesbewußte und unerschrockene Arbeiter die gelben Ideen verabscheue. Kollege Rütten forderte von den Hüttenarbeitern mehr Rückgrat. Kollege Kempkes betonte, daß es nicht genug sei, gegen die Gelben nur zu protestieren, vielmehr müßten sich alle Metallarbeiter dem Christlichen Metallarbeiterverband anschließen, weil nur dadurch den Gelben ein Damm entgegen gesetzt werden könne.

Das „mutige“ Verhalten des Herrn Heß wurde vom Kollegen Pitloek beleuchtet und die Ausführungen des gelben Diskussionsredners gründlich zerprügelt. Wenn auf den Rheinischen Stahlwerken noch kein Zwang zum Beitritt in den Werkverein ausgeübt würde, dann deshalb, weil die Gelben noch ein Wackelkind seien. In den Betrieben, wo die Gelben dominieren, werden die Arbeiter von den Gelben terrorisiert. Daß die Obergelben in den Betrieben von den Unternehmern begünstigt werden, geht daraus hervor, daß Herr Schneider kürzlich vom Nachtmacher zum Portier befördert wurde. Die gelbe Agitation war für ihn ein gutes Geschäft. Sehr zuverlässige Arbeiter dürften die Werkvereinsmitglieder nicht sein, denn die Direktion der Rheinischen Stahlwerke sah sich in der letzten Zeit genötigt, eine Werkspolizei einzuführen, wahrscheinlich deshalb, um der Drückbergererlei vieler Gelben zu steuern. Mit den ersehnten Posten und der dauernden Arbeit wird es wohl für die meisten Gelben nichts geben. Kommt der Profit in Gefahr, dann machen die Unternehmer auch vor den gelben Lieblingen nicht halt. Die Vorgänge in Augsburg beweisen das. Nach der Angabe der dortigen Gelben wurden auf der Augsburger Maschinenfabrik viele Werkvereinsmitglieder entlassen. Wenn derartiges an der Geburtsstätte der deutschen Gelben passiert, dann wird es an anderen Orten noch viel schlimmer sein. Die dauernde Arbeit der Gelben und ihre gesicherte Existenz epifiziert nur in der Phantasie der Obergelben. Redner ersuchte, ganz besonders auf die gelbe Jugendorganisation zu achten.

Kollege Triquardt wies auf den Kampf der Scharfmacher und Gelben zur Verschlechterung des Koalitionsrechtes hin. In diesem Jahre feiern wir die 50. Wiederkehr des Tages der Gründung der ersten deutschen Gewerkschaften. Dies muß für uns ein besonderer Anlaß sein, für die Ausbreitung der Organisation zu wirken. Alle Diskussionsredner ernteten für ihre Darlegungen ungeteilten Beifall der imposanten Versammlung. Im Schlußwort räumte Kollege Hirtjes gründlich mit den Ausführungen des gelben Redners auf. Nicht einmal einen Versuch habe dieser unternommen, um die Notwendigkeit des Werkvereins nachzuweisen, sondern er habe um mißerbende Umstände wegen Gründung der Gelben gebeten. Dem gelben Herrn Schneider, der angeblich wegen zu geringer Unterstützung aus der Organisation ausgetreten sei, wünsche er, daß es ihm gelingen möge, viel aus der Kasse des Werkvereins

herauszuziehen, um so eher würde die Firma das Bezahlen in die Kasse leid werden. Daß sich Leute bereit finden, den Gelben beizutreten, sei traurig für den Arbeiterstand. Kein anderer Stand habe Organisationen zu verzeichnen, die den Zweck hätten, die eigenen Standesangehörigen zu schädigen. Nur im Arbeiterstand sei solches möglich. Mit dem Hinweis auf den Ausbruch auf der jüngsten Tagung der Gesellschaft für Soziale Reform, nach der jeder anständige Mensch einem Berufverband angehöre, und auf die großen Aufgaben, die von den Arbeitern der Großindustrie gelöst werden müssen, schloß der Redner unter lebhaftem Beifall der Versammlung seine Ausführungen. Einstimmig wurde nachstehende Entschließung angenommen:

„Die heute, Dienstag, den 12. Mai, im Lokale des Herrn Miesmahl stattfindende, von 1500 Personen besuchte Versammlung der Arbeiter der Rheinischen Stahlwerke und der Hütte Phönix beurteilt mit aller Entschiedenheit die Bestrebungen einzelner Unternehmer auf Gründung sogenannter gelber Werkvereine. Sie erklärt darin eine Untergrabung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und Freiheit des Arbeiterstandes. Die Unwesenden verpflichten sich, derartigen Bestrebungen mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzuarbeiten. Als beste Abwehr dagegen erkennen die Versammelten die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation und verpflichten sich, mit allen Mitteln für einen vollständigen Anschluß an den Christlichen Metallarbeiterverband einzutreten.“

In der Schlusssprache stellte Kollege Burgary unter Zustimmung der Massenversammlung fest, daß alle Redner, auch der gelbe, unbeschränkt zu Wort gekommen seien, und daß die Versammlung mustergültig und ohne jeden Zwischenschuß zu Ende geführt wurde. Begeistert stimmte die Versammlung in das Hoch auf die von den Gelben so verächtlichen Streikorganisationen ein. Die Gelben haben es sich nicht träumen lassen, daß ihnen der Hinauswurf der Christlichen Metallarbeiter so schlecht zu stehen kommen wird. Noch lange wird ihnen die erfolgte Generalabrechnung in den Ohren gellen. Unsere Kollegen sind hochbefriedigt von dem Verlauf der Veranstaltung. Sie haben auch Grund dazu. Noch nie hat eine solche Metallarbeiterversammlung in Weiderich getagt. Selbst in der bewegten Zeit des Ruhrbergarbeiterstreiks im Jahre 1905 nicht. Die glänzende Protestversammlung muß der Ausgangspunkt einer kraftvollen Wzrbeit in Weiderich-Laar werden. Deshalb, Kollegen von Neu-Quisburg, auf zur Tat!

### Briefkasten

R. Bromberg. Wir haben alles durchforscht; hier ist aber nichts angekommen.

Düsseldorf. Der Bericht konnte nicht mehr mitgenommen werden, traf erst Dienstag — also nach Redaktionsschluß — hier ein.

Nach Heiligenhaus. Ihr schreibt uns: „Mitgliederversammlung bei Kollege Ehrmann, Bericht über die Bezirkskonferenz in Köln durch Kollege Vogel (Neuiges).“ Unter welches Datum sollen wir denn diese Notiz einreihen? Die Angabe der Zeit ist doch auch nicht nebensächlich.

Verschiedene Berichte mußten wegen Raumangel zurückbleiben.

### Sterbetafel

Oberesäß. Am 13. Mai 1914 starb unser treuer Kollege Josef Wolff, Gutzpuger, im Alter von 44 Jahren an einem Rückenmarkleiden.

Wirkfen. Am 11. Mai starb unser Kollege Martin Schieren infolge eines Unglücksfalles im Alter von 52 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

## Versammlungs-Kalender

Kollegen und Kolleginnen!  
Beräumt ohne Grund keine Versammlung!

**Samstag, den 23. Mai.**

- Berlin. Abends 1/9 Uhr in Schulz Festale Königsgraben.
- Essen-Stadt. Reichshalle abends 8 1/2 Uhr.
- Dortmund. Abends 9 Uhr bei Kroll, Körnerplatz.
- Düsseldorf-Bilk-Friedrichshof. Abends 9 Uhr Versammlung bei Mengwasser, Bülker Allee.
- Düsseldorf-Ratingen. Abends 9 Uhr bei Kürten, Bechemerstraße, Bezirksversammlung.
- Essen-Ruhr (Elektriker). Abends 8 1/2 Uhr im Ledigenheim, Weberplatz.
- Köln-Stadt. Abends 9 Uhr zur Rathhausmühle, Neumarkt 18, Karlstraße. Abends 1/9 Uhr im Palmengarten.
- Meerden. Mitgliederversammlung für die Sektion Holzen und Böjperde. Referent Erdmann (Hamm).
- Mülheim-Ruhr. Vormittags 11 Uhr bei Langerbein, Dickswall, Referent: Kollege Henksmeier.
- Neheim. Jugendliche. Nachm. 6 Uhr im Gefellenhaufe.
- Delbe. Abends 8,30 Uhr bei Sommer.
- Hörxheim. Abends 8 Uhr Untere Angasse 20.
- Wald. Abends 8 Uhr bei Hammesjühr.
- Bermelskirchen. Abends 8 1/2 Uhr bei Küpper, Ratskeller.

**Sonntag, den 24. Mai.**

- Seeholz. Vorm. 11 Uhr bei Küpper, Düsseldorf Straße.
- Essen-Alteessen. Nachmittags 4 Uhr Versammlung der Jugendklasse bei Esser, Hammer Straße.
- Duisburg-Beuhemerort. Morgens 11 Uhr bei Kassepe, Fischerstraße.
- Düsseldorf-Bakerath. Vormittags 11 Uhr bei Kealerg, Kürtenstraße 144, Bezirksversammlung.
- Düsseldorf-Oberkassel. Vormittags 11 Uhr bei Bessen, Puelgallee.
- Düsseldorf-Bevath. Vormittags 11 Uhr bei Wegener, Schulstraße.
- Chingen. Vorm. 11 Uhr im Hüttenheim.
- Esslingen. Morgens 11 Uhr bei H. Geal, Commerzstr.
- Hofsteden. Vorm. 11 Uhr bei Blankenheim.
- St. Louis. Morgens 11 Uhr bei Brachmann.
- Weder-Rupferdreh. Morgens 11 Uhr bei Erbins. Referent: Arbeitersekretär Ruhr-Essen.

**Donnerstag, den 28. Mai.**

- Dortmund. Abends 9 Uhr im „Goldenen Löwen“, 1. Kampstraße, Betriebsmännerversammlung.
- Sagehen. Abends 7,30 Uhr im Bahnhof Vortrag des Bezirksleiters.

**Freitag, den 29. Mai.**  
Dortmund (Elektromonteur) Abends 9 Uhr im „Goldenen Löwen“, 1. Kampstraße.  
**Sonntag, den 31. Mai.**  
Kiemée: Morgens 11 Uhr bei Fornger.

**Adressen:**  
Lauter (Sachsen). Reiseunterstützung zahlt aus: Oskar Barthas, Bernsbacher Straße 2, mittags von 12—1 Uhr und abends von 6—7 Uhr.

**Lüchtiger Dreher**  
für auto. Schweißbrenner u. alt. Schwarzblechbrenner als Vorarbeiten für eine Apparatebauwerkstatt bei hohen Löhnen u. dauernder Beschäftigung gesucht.  
Offerten unter Z. 2. 50 an den „Metallarbeiter“, Duisburg, Hauptstraße 15.

**Laubsägerei**  
Kerbschnitt und Holzbrand Werkzeug, Holz, Leinwand etc. in großer Auswahl. Katalog gratis.  
J. Brand, Hüttenstraße 39, Pfl.

**Prima Nupfshinken**  
per Pfd. 1,20 Mk. Durawach. Evert, p. Pfd. 85 Pfg. Wittmann, hart, Prestwarit, Leberwurst u. Pfd. 70 Pfg. Kaiserjagdwurst und Prekstopf per Pfd. 90 Pfg. Cervelatwurst u. Salami per Pfund 1,20 Mk. empfiehlt per Anbahnung  
Carl Böger, Wurkfabrik, Glogau.

**Neu! Bruchleidende Neu!**  
Wohlt und Hilfe. Auf Heilung hinwirk. Viele Dankschreiben. Ausk. Kärnde Broschüre V geg. 30 Pfg. in Mari. d. Schievekamp's Bandag. - Versandhaus, Duisburg 132, Königsstr. 22.

**Westfälischer Sped.**  
Famernware, Winterhochachtung, nach Neuernart trocken geränchert, Pfd. 75 Pfg., unbelannt Nachh., empfiehlt Aug. Seidemann in Rodingharian, Nr. Herford 123.

**Teilzahlung Uhren u. Goldwaren, Photo, optische Artikel, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Zithern**  
H. S. W.  
Kataloge gratis und franko liefern  
Jonass & Co. BERLIN A. 741, Belle-Alliancestr. 3

**Cigarettenfabrik Willecke**  
Düsseldorf-Oberkassel.  
Vertreter: Hebeim a. d. Ruhr, Arntbergerstraße 12.  
Ausführung durch Fernhandelskollege Robert Müller. Für gute Qualität ist geforgt.

Von wohlstimmtesten Leuten wenig benützte

## Herren-Garderoben

erhalten Sie sehr preiswert vom

### Garderoben-Verlandhaus b. Spielmann

München, Dachauerstraße 4.  
Frühjahrs-Valerotis und Mäntel von 10 bis 45 Mk.  
Saeco-Anzüge 1- und 2reidig von 12 bis 48 Mk.  
Toppes, Sojens, Wettertragen etc. etc.

Hier nicht angeführtes im Katalog. Verlangen Sie ohne Verbindlichkeit illust. Pracht-Katalog H gratis und frei. Für nichtkonvenierende Waren erhalten Sie Geld retour.

Ganz vorzüglich und speziell für kurze Pfeifen sind die berühmten Sorten

## Knirps-Krüll

Nr. 25 1/4 Pfd. 25 J  
Nr. 30 1/4 Pfd. 30 J

Überall käuflich!  
Odenkott — Nees am Rhein.

Beste Auswahl schönster Modelle



## Aria-Rad

unübertroffen  
5 Jahre Garantie • Franco Zusendung.  
Komplettes Herren-Tourrad  
Marie Konkurrenten schon von M.32 an. Damenrad komplett schon von M.52 an.  
Spezialität: Pneumatik  
Laufdecke mit Jahresgarantie M.45 M.47 M.5-M.52 usw.  
Luftschlauch mit Jahresgarantie M.275 M.3-M.350 M.4-  
Alle Fahrrad-Zubehörteile  
Mähmaschinen, Wägen, Ultern etc. • Beste und billigste Bezugsquelle  
Verlangen Sie kostenlos reich illust. Katalog Nr. 238 mit niedrigsten Preisen.

**FRANZ VERHEYEN Frankfurt**  
**Kollegen!**  
Werbef für den Christl. Metallarbeiterverband